

# Sozialdemokratischer Pressedienst

**Verleger und Chefredakteur:**  
Erich Müllinghaus, Berlin.  
Telefon: Hans Dörfel 4196/4198



**Adresse für Briefe und Zusendungen:**  
Berlin SW 61, Belle-Alliance-Platz 5  
Telefon: Copalouf

Die Herstellung erfolgt im Selbstverlag.  
Der Abdruck ist nur auf Grund besonderer Genehmigung gestattet. Abdruckung bedarf 4 Wochen  
vor dem Erscheinungstermin, wenn nicht anders vereinbart ist. Gebühren für jede Seite 1/2 Mark.

Berlin, den 12. Juni 1931

Inhalt  
Soz. Geschichte  
Amsterdam

An der Grenze.

von Rudolf Breitscheid.

SPD. Die Entschliessung, in der die Sozialdemokratische Reichstagsfraktion ihre Beratungen am Freitag ausklingen liess, ergab sich zwangsläufig aus der politischen Situation. Seit Donnerstag abend stehen die Vertreter der Fraktion mit dem Reichskanzler in Verhandlungen über die Möglichkeit der Abänderung wesentlicher Bestimmungen der Notverordnung. Es liess sich am Freitag, und es lässt sich heute noch nicht übersehen, ob die Verhandlungen zu einem günstigen Ergebnis führen werden. Man kann in dieser Beziehung sogar ausserordentlich skeptisch sein. Aber nachdem sie einmal aufgenommen waren, konnten sie nicht durch den Beschluss, einer Einberufung des Reichstags zuzustimmen, unterbrochen werden.

Die Gegner rechts und links werden es der Sozialdemokratie zum Vorwurf machen, dass sie nicht ohne weiteres die Aufhebung der Verordnung verlangt habe, der Notverordnung, deren Grundcharakter sie doch scharf verurteilt und deren Bestimmungen sie fast ohne Ausnahme für unheilvoll erklärt. Aber die Fraktion hatte sich die Frage vorzulegen, was eine solche Aufhebung im gegenwärtigen oder auch in einem späteren Zeitpunkt bedeutet. Sie hätte sicher nicht die Folge, dass nach dem unvermeidlichen Sturz des Kabinetts Brüning ein anderes kommen würde, das das Gesamtdefizit von 2,4 Milliarden in einer für die Arbeiterklasse erträglicheren Weise zu decken suchte. Gewiss trüge die Sozialdemokratie dann nicht mehr die unmittelbare Mitverantwortung für die Lasten, die dem Volke auferlegt werden, und diese Erwägung kann sehr wohl in den nächsten Tagen zu einer Veränderung der bisherigen Taktik führen. Aber die Lasten selbst würden auf diese Weise nicht verringert werden, und solange also auch nur eine entfernte Aussicht besteht, dass, was uns jetzt zugemutet wird, auf dem Wege von Verhandlungen in unserem Sinne zu beeinflussen und zu verändern, dürfen wir diesen Weg nicht verlassen. Erst wenn sich herausstellt, dass alle Bemühungen vergeblich sind, oder dass die Härten, die beseitigt werden können, gegenüber denen, die noch bleiben, nicht ins Gewicht fallen, ist der Augenblick gekommen, über das Abweichen von der Linie, die wir seit dem September vorigen Jahres innegehalten haben, zu diskutieren und zu beschliessen.

Die Sozialdemokratie lehnt es eben ab, in der Krisenmasherei mit der Deutschen Volkspartei in Konkurrenz zu treten. Die Frivolität dieser Gruppe, deren politische Anmassung im umgekehrten Verhältnis zu ihrer politischen und parlamentarischen Bedeutung steht, hat keine Grenzen. Sie hat die Einberufung des Reichstags nicht etwa gefordert, weil sie ernsthafter und ehrlicher Weise die Notverordnung als unerträglich für sich und ihre kapitalistischen Anhänger erachtet. Sie will den Konflikt, weil sie glaubt, dass aus ihm eine Situation entstehen werde, in der sich das industrielle Grosskapital zum unbeschränkten Herrn über die deutschen Geschicke aufschwingen könne. Dass sie sich über diese Möglichkeiten und besonders über die Dauer einer solchen kapitalistischen Diktatur schweren Täuschungen hingibt, ist eine Sache für sich. Aber um eines vermuteten Augenblickserfolgs willen setzt die Deutsche Volkspartei, die sich doch so gern

als die eigentliche Vertreterin der Interessen der Wirtschaft aufspielt, gerade diese Wirtschaft aufs Spiel. Sie kennt genau so gut wie wir oder noch besser die Lage am Geldmarkt. Sie weiss, wieviel ungezählte Millionen die Reichsbank in den letzten Tagen hat abgeben müssen. Sie macht sich nicht das geringste Gewissen daraus, die herrschende Panik noch zu steigern, und sie geht auch leichtem Herzens darüber hinweg, dass eine Rechtsregierung, der sie die Bahn bereitet, die Aussichten auf eine Revision des Youngplanes, auf eine Erleichterung unserer ausländischen Zahlungsverpflichtungen vollständig versperren würde. Niemand wird erwarten, dass die Sozialdemokratie dieses verbrecherische Hasardspiel mitspielen werde.

Vielleicht werden die "Staatsmänner" um Herrn Dingeldey sich bis Montag oder Dienstag eines anderen besinnen. Man hört ja, dass der Reichsbankpräsident Luther und der Reichsaussenminister Curtius, die beide an ihren Parteifreunden ebensoviel Freude erleben wie seinerzeit Gustav Stresemann, bei den Verstockten und Verbohrten alle Hebel ansetzen, um ihnen die Unvernunft ihres Handelns gerade vom kapitalistischen Standpunkt aus klar zu machen. Vielleicht wird sich die knappe Mehrheit vom Donnerstag bis zu der Stunde, in der im Ältestenrat die Entscheidung fällt, in eine Minderheit verwandelt haben. Aber das kann natürlich nichts an dem Urteil über die Partei ändern, die wie keine andere ihren Untergang verdient hat.

Die Haltung der Sozialdemokratie - das muss ausdrücklich festgestellt werden wird nicht durch Rücksichten auf den volksparteilichen Wahnsinn von heute oder ihre etwa zu erwartende bessere Erkenntnis von morgen bestimmt. Wir beobachten nur aufmerksam die Manöver unserer Gegner und bemühen uns, ihnen nicht in die Hände zu arbeiten. Leiten lassen wir uns ausschliesslich von den Interessen der Arbeiterklassen den gegenwärtigen wie vor allem den zukünftigen. Und daraus ergibt sich, dass wir in dem Kampf um die Abwehr einer irgendwie gearteten Diktatur bis zur äussersten denkbaren Grenze gehen müssen. Wir wollen nicht den Vorwurf des jetzigen Geschlechts und derer, die ihm folgen, auf uns laden, dass wir irgend etwas versäumt hätten, was der Abwehr des Faschismus dienen konnte und dass uns in einem kritischen Moment die Herrschaft über unsere Nerven verloren gegangen sei.

Der Regierung indessen und den bürgerlichen Parteien sei mit aller Deutlichkeit gesagt, dass wir unmittelbar vor der Grenze stehen, bis zu der wir gehen können, und dass es daher notwendig ist, den Forderungen, die wir in bezug auf die Notverordnung an sie richten, Entgegenkommen zu zeigen. Damit werden wir wahrscheinlich bei der Deutschen Volkspartei keinen Eindruck machen. Aber wir erwarten, dass die anderen, und namentlich das Zentrum ein Verständnis für die Bedeutung eines Abschwenkens der Sozialdemokratie aufbringen. Wir wissen sehr genau, welche Folgen ein Umlegen unseres Steuers für das Land und nicht zuletzt für das Proletariat nach sich ziehen kann. Wir gehen an die Dinge mit dem grössten Ernst und mit vollem Verantwortungsbewusstsein heran. Aber wir sehen auf der anderen Seite auch, welches Unheil durch die Durchführung der Notverordnung, wie sie ist, heraufbeschworen werden würde, und wir legen all denen, die eine Politik der Vernunft treiben wollen, die Frage vor, ob sie sich imstande glauben, das Staatsschiff durch die Wogen eines von ihnen selbst erregten Radikalismus der Massen hindurchzusteuern. Regierung und bürgerliche Parteien stehen genau so vor einer Grenze wie wir. Ebenso wie uns liegt ihnen die Pflicht des Nachdenkens und der gewissenhaftesten Prüfung ob. versäumen sie sie, so nehmen sie eine Schuld auf sich, die nicht gebüsst werden kann.

-----

SFD. Der Reichskanzler weilte am Freitag nachmittag bei dem Reichspräsidenten auf dessen Gut in Neudeck. Der Reichskanzler informierte den Reichspräsidenten in einer ausführlichen Unterhaltung über sämtliche zurzeit schwebenden innen- und aussenpolitischen Fragen. Im Verlauf der Unterredung gab er u.a. auch eine ausführliche Darstellung über die Stellungnahme der Regierungsparteien und der Sozialdemokratie zu der neuen Notverordnung, über die Forderungen nach Abänderun-

gen, die Wunsche der Volkspartei nach Umbildung des Kabinetts und die Pläne gewisser Kreise zur Bildung eines Direktoriums.

Der Reichspräsident billigte die Ausführungen des Reichskanzlers und schloss sich seinen Schlussfolgerungen restlos an.

-----  
SPD. Teterow/Meckl., 12. Juni (Eig. Drahtb.)

Vor dem hiesigen Schöffengericht begann am Freitag unter starker polizeilicher Sicherung ein Prozess gegen 40 Angehörige der Kommunistischen Partei, die beschuldigt werden, durch Sprengung einer nationalsozialistischen Versammlung Hausfriedensbruch begangen zu haben.

Am 11. Dezember 1930 kam es, wie die Anklagebehörde annimmt, während einer nationalsozialistischen Versammlung durch das Verhalten der Kommunisten zu einer wüsten Saalschlacht. 24 Personen wurden mehr oder weniger schwer verletzt. Nach Räumung des Saales fielen etwa 12 Schüsse. Den Kommunisten, die sich jetzt vor dem Strafrichter zu verantworten haben, waren wegen des Vorfalles Strafbefehle bis zu 2 Monaten Gefängnis zugestellt worden, gegen die sie Berufung eingelegt haben.

Der Hauptangeklagte, der Kommunistenführer Quandt, versuchte bei seiner Vernehmung, die Schuld an den Zusammenstößen der Sozialdemokratie zuzuschieben. Er behauptete zu seiner Entlastung, dass er von Sozialdemokraten aufgefordert worden sei, sich mit den Nationalsozialisten tüchtig auseinanderzusetzen. Ein netter Held! Ob er auch Selbstmord begangen hätte, wenn er von dritter Seite dazu aufgefordert worden wäre?

-----  
SPD. Einer der Haupttreiber der Volkspartei zum Sturz des Kabinetts Brüning ist der Präsident der Deutschen Bank von Stauss. Es ist derselbe Herr von Stauss, der kurz nach den Septemberwahlen mit Hitler und anderen Brechern der Zinsknechtschaft im Berliner Hotel Adlon bei Sekt und Kaviar zu einem Frühstück zusammentraf.

Die Beziehungen des Herrn von Stauss zu den Nationalsozialisten und seine gegenwärtige Einstellung zum Kabinett Brüning lassen wohl mit am besten erkennen, wo die politische Reise dieses Herrn hingehen soll und was er mit seiner augenblicklichen Taktik bezweckt. Er war seit den Septemberwahlen der Steigbügelhalter der deutschen Faschisten, die von der Schwerindustrie ausgehalten werden. Das ist er bis heute geblieben.

-----  
SPD. München, 12. Juni (Eig. Drahtb.)

Die landesverräterischen Aeusserungen, die der Hitlerabgeordnete Wagner am Mittwoch im bayerischen Landtag ungestört machen konnte, haben den Präsidenten nachträglich zu einer energischen Abreibung des Hakenkreuzlers veranlasst. Unter lebhafter Zustimmung des Landtags brandmarkte der Präsident am Freitag den verlogenen Nationalismus des Naziparlamentariers und erklärte, einem Mann, der noch besonders stolz darauf sei, national zu sein, sollte es fernliegen, den Warner für das Ausland zu spielen gegen die Hilfsbedürftigkeit und Kreditwürdigkeit des deutschen Vaterlandes. Das sei unvereinbar mit dem Verantwortungsgefühl eines Abgeordneten und im Interesse des ganzen Volkes zu verurteilen.

-----  
SPD. Weimar, 12. Juni (Eig. Drahtb.)

Der Geschäftsführer des Kreislandbundes Greiz, Differt, der nach Unterschlagungen von annähernd 65 000 Mk. verhaftet wurde, hat sich im Gefängnis selbst gerichtet. Durch die Unterschlagungen sind viele Landwirte des Kreises Greiz schwer geschädigt worden.

SPD. Die Sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat am Freitag nach mehrstündiger Aussprache folgenden Beschluss gefasst:

"Die Sozialdemokratische Reichstagsfraktion stellt fest, dass die neue Notverordnung eine grosse Anzahl von Bestimmungen enthält, die die werkstätigen Massen auf das allersewerste belasten. Ihre Durchführung würde eine unerträgliche Verschlechterung der Lebenshaltung des werktätigen Volkes zur Folge haben. Die Sozialdemokratische Reichstagsfraktion war und ist bereit, zur Sicherung der sozialen Einrichtungen und zur Ueberwindung der Wirtschaftskrise an der Sanierung der öffentlichen Finanzen mitzuwirken. Die neue Notverordnung hat aber durch ihre krasse Einseitigkeit, die die unteren Volksschichten auf das schwerste belastet, die grosse Erregung ausgelöst. Diese Erregung ist umso berechtigter, weil die Notverordnung Eingriffe enthält, die sozial nicht gerecht, unzweckmässig und nutzlos sind, dabei aber ungeheuer verbitternd wirken. Die Sozialdemokratische Reichstagsfraktion verlangt deshalb eine Änderung der Notverordnung, die den berechtigten Forderungen der breiten Massen des Volkes entspricht.

Die Fraktion hat davon Kenntnis genommen, dass der Fraktionsvorstand Verhandlungen mit der Reichsregierung aufgenommen hat, um eine durchgreifende Änderung der Notverordnung zu erreichen. Sie wird die Entscheidung über ihre weiteren Schritte von dem Ergebnis dieser Verhandlungen abhängig machen. Deshalb vertagt sich die Fraktion auf Dienstag vormittags 9 Uhr. In der neuen Sitzung wird sie sich entscheiden, ob sie eine Einberufung des Reichstags verlangen soll."

-----  
SPD. Madrid, 12. Juni (Eig. Drahtb.)

Der spanische Ministerrat beschloss: Einsparungen am Etat in Höhe von rund 250 Millionen Mark durch die Einstellung einer Reihe öffentlicher Arbeiten. Ausserdem werden im Haushalt der Armee 85 Millionen gestrichen. Die frei werdenden Arbeitskräfte sollen während des Sommers in der Landwirtschaft beschäftigt werden.

-----  
SPD. Die Parteibürokratie der Deutschen Volkspartei, die nach aussen als Reichsausschuss der Volkspartei firmiert, nahm am Freitag ein Referat ihres Chefs und Führers der volksparteilichen Reichstagsfraktion, des Herrn Dingeldey, über die politische Lage entgegen. In dem offiziellen Bericht über die Tagung heisst es, dass dieses Referat "mit stürmischem Beifall" aufgenommen wurde. Was Herr Dingeldey geredet hat, wird nicht mitgeteilt. Auch erfährt man aus dem Bericht nichts über die ferneren Absichten der Volkspartei. Man vernimmt aus ihm lediglich, dass die Parteibürokratie Herrn Dingeldey ihr "volles Vertrauen" ausgesprochen und sich "in Geschlossenheit" hinter ihn gestellt hat. Dieses Ergebnis stand fest, noch bevor der Reichsausschuss zusammengetreten war. Auf Grund seiner Zusammensetzung konnte es ja nicht anders sein.

Am Schluss der Tagung gab Dingeldey seiner Genugtuung darüber Ausdruck, "dass die Partei als einheitlicher Körper iter Körper den politischen Aufgaben entgegensteht im Vertrauen darauf, dass sie mit ihrer Arbeit der Zukunft des Vaterlandes am besten dienen werde." Das ist alles, was die Volkspartei der Öffentlichkeit in dieser schwierigen Situation zu sagen hat, und nicht einmal das ist wahr. Wie kann man nach dem Verlauf und dem Ausgang der letzten Sitzung der volksparteilichen Reichstagsfraktion, die für Dingeldey und für die Einberufung des Reichstags eine Mehrheit von nur 2 Stimmen ergab, von Einheitlichkeit der Partei reden? Wie kann sich Herr Dingeldey hinstellen und erklären, dass die Arbeit seiner Partei "der Zukunft des Vaterlandes diene", nachdem ihm sein Parteifreund, der Reichsbankpräsident Dr. Luther, mit dem Bleistift in der Hand vorge-rechnet hat, dass die Volkspartei zum Chaos treibt und ihre Politik der Reichsbar in den letzten Tagen bereits hunderte von Millionen gekostet hat?

Während Dingeldey so redete und sich von den Herren des volksparteilichen Apparates "stürmisch" feiern liess, waren fern von dem Tagungsort der Parteibürokratie starke Kräfte gegen Dingeldey und seine Politik am Werke. Kräfte aus der Volkspartei, die anscheinend weitersehen als der eitle Darmstädter Rechtsanwalt und in ihrer Auffassung mit dem Reichsbankpräsidenten konform gehen. Wird es ihnen gelingen, die Volkspartei wenigstens vorläufig den Klauen der Schwerindustrie, die in diesen Tagen kein höheres Ziel kennt als die Zerschlagung des Tarifrechts und der Arbeitszeitbestimmungen, zu entreissen? Man beteuert es und versichert, dass der Montag eine entsprechende Entscheidung bringen wird....

-----

SPD. Paris, 12. Juni (Eig. Drahtb.)

Senatspräsident Lebrun trat am Freitag nachmittag sein Amt an.

In seiner Antrittsrede sprach sich Lebrun für die Politik der Zusammenarbeit und der Wiederannäherung unter Wahrung der Frankreich durch die Verträge gesicherten Rechte aus. Lebrun sagte u.a.: "Um die schwere Krise zu überwinden, die auf Europa lastet, muss es sich zu einem Werk der Zusammenarbeit und Wiederannäherung vereinen. Für dieses Werk setzt sich Frankreich seit zehn Jahren in loyaler Weise ein und bringt dafür Opfer, die man manchmal für übertrieben halten kann. Morgen wie gestern bleibt Frankreich dieser notwendigen Zusammenarbeit zugetan. Zu diesem Zwecke bringt es der Welt mit der berechtigten Sorge um Sicherheit seine glühende Friedensliebe, mit der Sorge um die Wahrung seiner in den Verträgen feierlich anerkannten Rechte sein weitgehendes Verständnis für die Interessen und Bedürfnisse der anderen Völker und mit der Anhänglichkeit an die historische Ueberlieferung sein Vertrauen zu den neuen Organismen zum Ausdruck, die es mit dem internationalen Leben verknüpfen."

Lebrun teilte dann mit, dass Senator Méjan sein Mandat niedergelegt habe. Gegen Méjan war wegen betrügerischen Bankrotts einer von ihm geleiteten Provinzbank ein Verfahren auf Aufhebung seiner parlamentarischen Immunität anhängig gemacht worden.

-----

SPD. In Hitlers Reich mangelt es überall an Pulver. Die Spenden der Industrie reichen längst nicht aus, um den aufgeblühten Apparat in seinem bisherigen Umfang zu halten. Zwar zählt die Hitlerbewegung noch eine beträchtliche Mitgliederzahl. Aber der Idealismus eines grossen Teiles dieser Mitglieder hört dort auf, wo die Leistung von Mitgliedsbeiträgen beginnt.

Schlimm ist es geradezu mit der Presse der Hitlerei bestellt. Ein Teil ihrer Organe hat inzwischen Pleite gemacht und den Konkurs angemeldet. Andere leben aus der Hand in den Mund oder machen Schulden, für die dereinst wahrscheinlich die Kasse des Dritten Reiches aufkommen soll. In die letzte Kategorie fällt auch der Berliner "Angriff" des Herrn Goebbels. Er soll nicht weniger als 100 000 Mark Schulden haben und infolge des ständigen Rückgangs seiner Leserzahl und seiner Einnahmen an Inseraten schon seit Wochen unrentabel sein. Die Behauptung in- und ausländischer Blätter, dass er sein jüngstes Verbot provoziert habe, um wenigstens vorübergehend aus den finanziellen Schwierigkeiten herauszukommen, gewinnt also immer mehr an Wahrscheinlichkeit.

Im März schwankte die Abonnementsziffer des Berliner Nazi-Organs zwischen 50 bis 60 000. Im April waren es schon wesentlich weniger und im Mai war nicht einmal mehr die Hälfte der Abonnenten vom März zu verzeichnen. Dazu der Rückgang an Einnahmen für Inserate. Sie gingen in ganz kurzer Zeit von 30 000 Mark monatlich auf 10 000 Mark zurück. Kein Wunder, dass Herr Goebbels nicht in der Lage ist, die Schulden seines Verlags zu begleichen und die Gehälter pünktlich zu zahlen. Die im Zusammenhang mit dem Stennes-Konflikt fristlos entlassenen Angestellten warten heute noch auf die ihnen vom Arbeitsgericht zugesprochenen Beträge, obwohl die Urteile schon vor Wochen gefällt wurden.

Das Ende vom Lied ist, dass Herr Goebbels jetzt der Gerichtsvollzieher auf den Hals geschickt wird.

-----

SPD. Wien, 12. Juni (Eig. Drahtb.)

Im Haushaltsausschuss des Nationalrats verlangte der Finanzminister am Freitag, dass das Finanz- und Sparprogramm der Regierung mit grösster Beschleunigung angenommen wird. Die Regierung müsse wissen, ob sie auf die Herstellung der Ordnung im Staatshaushalt im Sinne ihres Programms rechnen könne oder nicht. Die Lage sei sehr ernst, und die Regierung könne eine Verzögerung nicht mehr verantworten.

Den Vertretern der Regierungsparteien gab der Bundeskanzler eine ähnliche Erklärung ab. Er verlangte ihre Entscheidung spätestens im Verlauf der nächsten Woche.

-----

SPD. Paris, 12. Juni (Eig. Drahtb.)

Der Präsident der Republik, Doumergue, führte am Freitag zum letztenmal den Vorsitz im Ministerrat. Aus diesem Anlass sprach ihm der Ministerpräsident im Namen aller Kabinettsmitglieder den Dank für die dem Land geleisteten Dienste aus. Doumergue dankte seinerseits für die Mitarbeit, die ihm die Minister bei allen Gelegenheiten gewährt haben.

Im Laufe des Ministerrats wurde auf Vorschlag Briands ein wichtiges diplomatisches Revirement beschlossen. Der Brüsseler Botschafter Peretti de la Rocca wurde in den Ruhestand versetzt und der jetzige Botschafter in Madrid, Corbin, zu seinem Nachfolger ernannt. Der bisherige Botschafter in Moskau, Herbet, wurde in gleicher Eigenschaft nach Madrid versetzt. Ein Nachfolger in Moskau ist noch nicht bestimmt worden.

Nach dem Ministerrat stattete das Diplomatische Korps dem scheidenden Präsidenten sein Abschiedsgesuch ab.

-----

SPD. München, 12. Juni (Eig. Drahtb.)

Die äusserst anrühige Affäre der mit 180000 Mark sanierten Gandorfer Genossenschaft zieht weitere Kreise. Die strafrechtliche Untersuchung ist bereits im Gange und am Freitag hat der Landtag eine Kommission eingesetzt, die besondere Fragen an den ehemaligen Landwirtschaftsminister Fehr formulieren soll. Unter ausschliesslicher Verantwortung dieses Ministers wurden im Frühjahr 1930 die aus der Preussenkasse stammenden Gelder gegeben, ohne dass die gesetzlichen Vorbedingungen für die Sanierung erfüllt waren. Von der Beantwortung der Fragen durch den Herrn Fehr hängt es ab, ob der Landtag einen parlamentarischen Untersuchungsausschuss zur Klärung der dunklen Angelegenheit einsetzt.

-----

SPD. Stuttgart, 12. Juni (Eig. Drahtb.)

Im Württembergischen Landtag führte die Sozialdemokratie bei der dritten Beratung des Etats eine grosse Aussprache über die Taktik der politischen Polizei in Württemberg herbei.

An Hand umfangreichen Materials konnte der sozialdemokratische Redner den Nachweis erbringen, dass ein Teil der leitenden Polizeibeamten zugunsten der Nationalsozialisten angestellt ist. Alle in der letzten Zeit zu verzeichnenden Provokationen der hakenkreuzlerischen Landsknechtsformationen in Nagold, Stuttgart-Heslach, Feuerbach usw. kamen zur Sprache. Die Nazis durften sich bei dieser Gelegenheit der besonderen Sympathie der Polizei erfreuen, während ihre Gegner unter Anklage gestellt wurden. Unter diesen Umständen sei das gegen alle auch die verfassungstreuen Parteien gerichtete allgemeine Verbot aller Versammlungen unter freiem Himmel für das ganze Land ein grosses Unrecht.



Die Antwort des Staatspräsidenten Bolz auf das erdrückende Beweismaterial war kläglich. Auf Einzelheiten ging er überhaupt nicht ein, weil er sie angeblich nicht nachprüfen könne. Zu dem allgemeinen Verbot habe er sich entschlossen, weil er anders die Ruhe und Ordnung nicht glaube aufrecht erhalten zu können. Die parteipolitische einseitige Einstellung der leitenden Beamten seiner Polizeiverwaltung stellte er in Abrede.

Die Sozialdemokratische Fraktion gab sich den Erklärungen des Staatspräsidenten nicht zufrieden. Sie brachte folgenden Antrag ein: "Der Landtag wolle beschliessen, einen Untersuchungsausschuss einzusetzen zur Feststellung der zwischen Beamten der Innenverwaltung, insbesondere der staatlichen Polizei und den Organisationen der nationalsozialistischen Partei bestehenden Beziehungen sowie der zwischen ihnen getroffenen Verabredungen über die Abwicklung bestimmter Aktionen der nationalsozialistischen Partei, wie sie bei den Vorgängen in Heselach, Nagold, usw. zu Tage getreten sind".

Da der Landtag nach der Verfassung verpflichtet ist, einen solchen Untersuchungsausschuss einzusetzen, wenn er von einem Fünftel seiner Mitglieder (16) beantragt wird und die Sozialdemokratische Fraktion allein 21 Mitglieder zählt, war die Annahme des Antrages von vornherein sicher. Den sozialdemokratischen Beschwerden wird nunmehr mit der gebotenen Gründlichkeit nachgegangen werden. Der Untersuchungsausschuss hat das Recht der Akteneinsicht und selbständigen Beweiserhebung, zur Zeugenvernehmung usw. Er kann also in jeder Beziehung Klarheit und dadurch die Voraussetzung für eine Säuberung der Verwaltung von Beamten schaffen, die nicht auf dem Boden der republikanischen Verfassung stehen.

-----

SPD. München, 12. Juni (Eig. Drahtb.)

Der verantwortliche Redakteur der sozialdemokratischen "Fränkischen Tagespost" wurde am Freitag wegen angeblicher Beleidigung des Nationalsozialisten Esser zu 400 Mark Geldstrafe verurteilt.

Esser, der als besonderer Intimus Hitlers in München zu einer einträglichen Stellung und zu öffentlichen Würden gekommen ist, hat seit vielen Jahren den Vorwurf des Frontdrückebergers auf sich sitzen lassen. Der Vorwurf geht zurück auf die Aussage eines Kriegsfreiwilligen, der 1918 mit Esser gleichzeitig Militärdienst in der Heimat machte und dem gegenüber Esser sich dahin äusserte: "Du bist ein Rindvieh, wenn Du Dich freiwillig an die Front meldest, mach es so wie ich und drücke Dich. Ich gehe nicht hinaus, ich kenne den Schwindel". Die Äusserung Essers wurde 1924 in der damals existierenden völkischen "Deutschen Presse" veröffentlicht und seitdem dutzendmal wiederholt. Bis 1929 klagte Esser niemals und als er vor zwei Jahren den ersten Schritt dazu tat, liess er nach einigen Monaten durch Zurückziehung der Klage den Prozess wieder einschlafen. Erst jetzt zog er den verantwortlichen Redakteur der "Fränkischen Tagespost" vor den Richter, da dieses Blatt einen Bericht des "Soz. Pressedienst" über einen Nazi-Tumult in München veröffentlicht habe, in dem Stadtrat Esser wiederholt als Frontdrückeberger bezeichnet worden war. Die Klage wurde am Freitag in München verhandelt und der sozialdemokratische Redakteur zu 400 Mark Geldstrafe verurteilt.

Das äusserst merkwürdige Urteil wurde damit begründet, dass die Richtigkeit der von dem Kriegsfreiwilligen Geistbesk gemachten Aussage nicht erweislich wahr sei. Dabei wurde aus alten Kriegsakten festgestellt, dass dieser Frontfreiwillige die Sachdarstellung der "Deutschen Presse" bei einer Vernehmung, am 30. Oktober 1925 in Kempten eidlich bestätigt hat. Dieser Geistbesk ist aber nicht mehr erreichbar. Er ist vor einiger Zeit nach Amerika ausgewandert und dort nicht mehr zu finden. Die Vermutung liegt also nahe, dass der Mut Essers zur endlichen Durchführung seiner Klage in mittelbarem Zusammenhang mit der Unauffindbarkeit des Geistbesk steht.

-----

# aus aller Welt

Im Lande des Hungers.

Eine Ausstellung vom Elend der fränkischen Kleinbauern und Heimarbeiter.

SPD. Am 13. Juni wurde in Berlin im Licht-  
hof des Kunstgewerbemuseums eine Ausstel-  
lung "Unbekanntes Land Frankenwald" er-  
öffnet. Diese Ausstellung soll die schwe-  
re Not des Frankenwaldes der deutschen  
Oeffentlichkeit nahe bringen.

Unbekannt und selten besucht, liegt der Frankenwald versteckt in der Nord-  
ostecke Bayerns. Die grossen D-Züge der Linie Berlin-München fahren an ihm vor-  
bei. Schöneren Gegenden locken den Ferienreisenden. Verirren sich aber doch  
Wanderer in seine unerschlossenen und unzulänglichen Bezirke, so ziehen sie  
durch enge Täler, aus denen steile Hänge emporklettern, durch endlose Fichten-  
wälder. Sie kommen zu kleinen, ärmlichen Dörfern, deren dürftige, niedrige Häu-  
ser sich eng zusammendrängen. Der Geruch von Armut und Not dringt aus den Stu-  
ben und in den Gesichtern ihrer Menschen spiegelt sich bitterstes Elend...  
In den Gesichtern der Heimarbeiter, der Fabrikleute und Kleinbauern, die in den  
Städten und Dörfern des Frankenwaldes leben.

## "Bayerisch-Sibirien".

Karg und arm ist der Boden. In den seltensten Fällen vermag er seine Be-  
wohner zu ernähren. Ungunst des Wetters kommt hinzu, denn schon im Oktober be-  
ginnen die ersten Schneefälle. Meterhoch liegt dann der Schnee auf den Fluren  
und die Arbeiter, die aus entlegenen Dörfern zur Fröhschicht marschieren, sin-  
ken bis zum Leib in den Schneemassen ein. Die Strassen sind unbefahrbar. Selbst  
im April und Mai jagen noch Schneeschauer über den Frankenwald. Man nennt ihn  
mit Recht das "Bayerische Sibirien". Dazu fehlt es an Wegen und Eisenbahnen.  
Kohlen, Holz, Baumaterialien, Rohstoffe und Fertigfabrikate müssen mit Fuhr-  
werken und Autos befördert werden. Im Winter gibt es nur Schlitten, die die  
Lasten, in kleine Teile zerlegt, abseits der verschneiten Landstrassen über  
Aecker, Wiesen und Gräben nach den entlegenen Gegenden des Frankenwaldes schaf-  
fen. In vorsintflutlichen Schlitten fahren auch die "Reichsposthalter" Post  
und Passagiere nach Städten und Dörfern.

## Von Feuerland bis Alaska.

Vor dem Kriege gab es hier eine blühende Heimindustrie. In den niedrigen  
Stuben ratterten die Webstühle und die Hausweberei gab einem grossen Teil  
der Bevölkerung Arbeit und Brot. 1895 lebten Zehntausende von Webern im Fran-  
kenwald. Wer am Webstuhl keinen Platz fand, griff zum Strickrahmen. Seiden-  
stickereien und Klöppelarbeiten aus dem Frankenwald wurden in ganz Deutschland  
gerühmt. Grosse Exportladungen von Schals gingen Jahr für Jahr aus den Fabri-  
ken des Frankenwaldes in alle Welt hinaus. Die eingeborenen Völker, vom Feuer-  
land bis Alaska, von Kapstadt bis Alexandria bezogen ihre Tücher aus Oberfran-  
ken. Der Lendenschurz des Negers, die Kopftücher der Inder und Australier sind  
fränkisches Fabrikat. Nach den Webern kamen die Korbflechter. Etwa 20 000  
Heimarbeiter lebten vor dem Kriege vom Korbflechten. Korbwaren im Werte von  
vielen Millionen Mark wurden alljährlich ins Ausland geschickt. Daneben gab  
es noch Holzschnitzer und Maskenkleber. In den Fabriken wurden Fliegenfänger  
und Schiefertafeln hergestellt. Hunderte von Heimarbeitern lebten von der  
Fabrikation von Hausschuhen, die thüringische Spielwarenindustrie fand hier



billige Arbeitskräfte und die Flösser fuhren mit Hölzern des Frankenwaldes bis hinunter nach Holland.

### "Wir weben, wir weben....."

Die Wirtschaftskrise der Nachkriegszeit hat jedoch die blühende Heimindustrie des Frankenwaldes zum grössten Teil vernichtet. Zehntausende von Heimarbeitern sind vom Hungertode bedroht. Und in den Dörfern und Städten des Frankenwaldes herrscht ein Proletarierehend, wie es auch in den berüchtigten Elendsgebieten des Thüringerwaldes nicht schlimmer sein kann. Von Monat zu Monat wächst die Arbeitslosigkeit und die verarmten Gemeinden sind ausserstande für ihre ausgesteuerten Erwerbslosen zu sorgen. Besonders gross ist das Elend unter den Webern. Es ist nichts weiter als eine Variante des schlesischen Weberelends der vierziger Jahre, das Gerhart Hauptmann in seinen "Webern" gestaltet hat. Bleiche, ausgemergelte Gestalten hocken vom frühen Morgen bis in die sinkende Nacht am Webstuhl. Kinder und Greise, selbst Achtzigjährige, schuften für einen Hungerlohn, der bei 14stündiger Arbeitszeit etwa 15 bis 20 Mark pro Woche beträgt. Um 6 Uhr beginnt die Arbeit, um 10 Uhr wird Feierabend gemacht. Ununterbrochen rattert der Webstuhl, schwingt das Schiffchen; Roggenbrot und Kartoffeln, selten Fleisch, bilden die Nahrung der schwer arbeitenden Bevölkerung.

### Rechtloses Proletariat.

Arbeiterschutz ist unter den Heimarbeitern so gut wie unbekannt. Wer Arbeit bekommt, arbeitet am Tage und bis in die Nacht, solange er nur kann. Es gibt keinen Sonntag und die Kinder müssen schon vom 6. Lebensjahre an mithelfen. Aber die Existenzmöglichkeiten schrumpfen immer mehr zusammen. Tausende von Webstühlen wurden stillgelegt und nur gegen 40%, in manchen Orten gar nur 20% der Hausweberfamilien haben Arbeit. Die Verhältnisse sind auf allen Gebieten die gleichen. Trostlos ist die Lage der Korbmacher, die mit einem Stundenlohn von 5 Pfennigen auskommen sollen; von ihnen sind ausserdem über 54% völlig arbeitslos. In der Stickerie, die Zahlen der Statistiken sprechen eine grausam-deutliche Sprache, sind 90% aller Arbeiterinnen und Arbeiter infolge geringer Entlohnung oder infolge zu langer Arbeitslosigkeit ausserhalb der Arbeitslosenversicherung.

### Der Marsch an die Arbeitsstätte.

Auch der Arbeiter, den das Schicksal vor Arbeitslosigkeit bewahrte, führt ein bedauernswürdiges Dasein. Die durchschnittliche Entfernung zur Arbeitsstätte beträgt hin und zurück 15 Kilometer. Es gibt aber auch abgelegene Ortschaften, deren Bewohner Tag für Tag über 20 Kilometer laufen müssen. 4 Stunden Arbeitsweg - 8½ Stunden Arbeit - 3 Stunden Essen und 8½ Stunden Ruhezeit und Schlaf: das ist der Arbeitstag eines oberfränkischen Arbeiters. Zu dem Elend der Erwachsenen kommt das Elend der Kinder, es gibt keine Stadt und kein Dorf, über die nicht die Not ihren drückenden Mantel gebreitet hätte. Unter armen Volksgenossen vielleicht die Aermsten - , so leben und kämpfen die Dörfler vom Frankenwald.

+ + +

Borchardt vor Gericht. Vor dem Saarbrückener Schwurgericht begann am Freitag der Prozess gegen den 45jährigen Kapellmeister Eric Borchardt und seinen 19jährigen Primgeiger Heinz Hoffmann, beide aus Berlin. Borchardt und Hoffmann werden beschuldigt, die Freundin des Kapellmeisters, ein junges Mädchen namens Margot Candelier, fahrlässig getötet zu haben. Der Fall ist in reichliches Dunkel heüllt. Borchardt, der früher als Jazz-Band-Dirigent eine grosse Rolle gespielt hatte, gastierte im April 1931 mit seiner Kapelle in einem Saarbrückener Café, wo er Margot Candelier kennen lernte. Am 11. April fand die Wirtin Borchardts Margot Candelier tot auf dem Divan im Zimmer des Kapellmeisters auf. Borchardt gab bei seiner polizeilichen Vernehmung an, dass das Mädchen einen Selbstmordversuch mit Veronal begangen und er versucht habe, ihr mit seinem Kollegen den Magen auszupumpen. Da die Obduktion der Leiche ergab, dass das

20jährige Mädchen an einem Stück Gummischlauch erstickt war, das man in ihrer Kehle gefunden hatte, schien diese Aussage des Kapellmeisters bestätigt. Inzwischen haben jedoch andere Momente der Anklage der Staatsanwaltschaft eine neue Wendung gegeben. Die Anklageschrift nimmt an, dass Borchardt seiner Freundin zu erotischen Zwecken eine starke Dosis Morphinum eingegeben hat, von der Margot Candelier bewusstlos geworden sei. Um sie wieder aufzuwecken, sei Borchardt dann mit seinem Primgeiger höchst dilettantisch und fahrlässig daran gegangen, dem Mädchen mit einem Gasschlauch den Magen auszupumpen. Entweder ist der Gasschlauch bei dieser Prozedur gebrochen oder das Mädchen hat ihn im Morphinumrausch zerbissen. Borchardt, der übrigens auch als starker Morphinist bekannt ist, und Hoffmann liessen das Mädchen in seinem hilflosen Zustand mehrere Stunden liegen.

Vor Gericht erscheinen mehrere junge Mädchen als Zeuginnen, die über das anscheinend sehr bewegte Nachtleben des amüsierfreudigen Borchardt, der sehr elegant gekleidet im Gerichtssaal erscheint, aussagen sollen. Die Vernehmung Borchardts ist recht umfangreich. Der Angeklagte versucht dem tragischen Vorfall eine für ihn harmlose Deutung zu geben und bestreitet, dass er seiner Freundin Morphinum gegeben habe. Es könne allerdings sein, dass die Candelier Morphinum, das er für eigene Zwecke mit nach Haus gebracht habe, gefunden und zu sich genommen hat. Borchardt will am Morgen die Candelier bewusstlos vorgefunden haben und dann mit seinem Primgeiger Hoffmann, der ihn besuchte, sofort zu "Rettungsmassnahmen" geschritten sein. Bei der Schilderung des Auspumpversuchs stellt der Vorsitzende fest, dass Borchardt und Hoffmann dem unglücklichen Mädchen einen Bürstenstiel in den Mund eingeführt haben. Wie sinnlos Borchardt bei seinem "Rettungsversuch" gehandelt hat, beweist das wilde Durcheinander seiner Hilfsmassnahmen. Er goss seiner Freundin zuerst Milch und dann den Inhalt einer ganzen Flasche Kognac in den Mund. Jedenfalls steht jetzt schon fest, dass Borchardt, der bereits wegen Mehlerei und Körperverletzung zweimal vorbestraft ist, zumindestens fahrlässig gehandelt hat.

+ + +

Unverständlicher Freispruch. Vor dem Schöffengericht Berlin-Mitte stand am Freitag wieder einmal der unvermeidliche Nazihauptling Dr. Josef Goebbels unter der Anklage, sich gegen den Paragraphen 5, Absatz 2 des Gesetzes zum Schutze der Republik (Schmähung der Reichsfarben) vergangen zu haben. Als verantwortlicher Herausgeber eines Sektionsblättchens der NSDAP, das sich mit der Verfassungsfeier des Reichsbanners am 11. August 1929 beschäftigte, hatte Herr Goebbels den unqualifizierbaren Artikel eines Herrn Pfister, der gleichfalls die Moabiter Anklagebank zierte, gedeckt. Trotzdem der Staatsanwalt anstelle einer an sich verwirkten Gefängnisstrafe von 2 Wochen 400 Mark Geldstrafe für Pfister und für Goebbels Freispruch beantragt hatte, wurden beide Angeklagte unter der wenig stichhaltigen Begründung freigesprochen, dass eine öffentliche Beschimpfung in diesem Fall nicht gegeben sei. Der Staatsanwalt wird sicherlich Berufung gegen dieses Urteil einlegen.

+ + +

Flucht vor schlechten Zensuren. Bei der Budapester Polizei wurden 31 Knaben als vermisst gemeldet, die wegen schlechter Schlussprüfungen in der Schule davongelaufen sind.

+ + +

Zensurscherze. Die Filmzensur unter dem Vorsitz des Oberregierungsrat Voelger hat am Freitag den Excelsior-Film "Kinder vor Gericht" für volksbildend erklärt und ihm damit eine erhebliche Steuerermässigung gewährt. Dieser Beschluss der Filmzensur ist um so bemerkenswerter, als der gleiche Film kurze Zeit vorher wegen Gefährdung der öffentlichen Ordnung und wegen entsittlichender und verrohender Wirkung verboten wurde. Wer soll sich in diesem Labyrinth der Zensurleute noch auskennen?

-----



## Dreieinigkeit der Gewerkschaftsfeinde.

Unternehmer, Gelbe und Kommunisten in einer Front.

SPD. Seit Jahren kämpfen die Unternehmer gegen das sogenannte Gewerkschaftsmonopol. Das heisst, in vielen Fällen berufen sie sich darauf, dass die organisierten Arbeiter in der Minderheit seien. Die Gewerkschaften hätten infolgedessen kein Recht, im Namen der gesamten Arbeiterschaft Tarifverträge abzuschliessen. Neuerdings gehen die Unternehmer auf der ganzen Front dazu über, die Beseitigung der Tarifverträge zu fordern. Fast in jedem ihrer Geschäftsberichte und auf jeder ihrer Tagungen kehrt die Forderung wieder, dass die tarifliche Regelung auf beruflicher Grundlage beseitigt werden müsse. So verlangte erst kürzlich die Nordwestgruppe das Recht, Werkstarife abzuschliessen zu dürfen. In den meisten Fällen verlangen die Scharfmacher aber eine völlige Aufhebung der tariflichen Bindungen, weil sie es unerhört finden, dass sie in einem Hochsommer, in dem es vier Millionen Arbeitslose gibt, noch über den Preis der Arbeitskraft verhandeln sollen, statt wie in früheren Krisenzeiten die Löhne radikal herabzusetzen.

In diesem Kampf gegen die Machtposition der Gewerkschaften finden die Unternehmer zwei willige Hilfstruppen: die Gelben und die Kommunisten. Vor kurzem erst betonte ein Führer der Gelbenbewegung auf einer Kundgebung in Dortmund, dass sie einen "Freiheitskampf" führen wollten. Das Ziel dieses Freiheitskampfes bestehe in der Beseitigung des Zustandes, dass sich 60 bis 70% der nicht organisierten Arbeiter, die Unorganisierten, den Arbeitsbedingungen fügen müssten, die von den Tarifgewerkschaften vereinbart, bezw. mit Hilfe des staatlichen Schlichtungswesens festgelegt worden seien. Die gelben Heuchler wissen nur zu gut, dass es trotz der bestehenden Tarifverträge den Unorganisierten freisteht, billiger und länger zu arbeiten. Auch die Unternehmer haben jederzeit das Recht, den unorganisierten Arbeitern schlechtere als im Tarifvertrag vorgesehene Arbeitsbedingungen zuzumuten. Trotz der angeblichen Notlage der Werke tun sie das nicht; sie wissen, warum. Sie dürfen die Dummen nicht kopfscheu machen; denn sonst erreichen sie ihr Ziel nicht: die Zertrümmerung der gewerkschaftlichen Tarifverträge und der Gewerkschaftseinheit.

Als Dritten im Bunde können die Todfeinde der Gewerkschaften - vor allem im Ruhrgebiet die Kommunisten begrüßen. Die Organisation der RGO im Bergbau, der sogenannte Einheitsverband der Bergarbeiter, hat nämlich dem Zechenverband schriftlich folgendes mitgeteilt:

"Wir sind bereit, mit Ihnen Verträge abzuschliessen. Sollten Sie die Verhandlungen über die Forderungen mit dem E.V.B.D. ablehnen, so machen wir sie darauf aufmerksam, dass wir einen Tarifvertrag, der mit den übrigen Gewerkschaftsverbänden allein abgeschlossen wird, nicht anerkennen. Ebenso werden wir keinen Schiedsspruch anerkennen, der in Schlichterkammern in Verhandlung mit anderen Gewerkschaften zustande kommt."

Zur Begründung dieser Forderung verweisen die "evolutionäre" darauf, dass sie bei den Betriebsratswahlen mehr Stimmen erhalten hätten als ein Teil der übrigen Tariforganisationen, z.B. die Polen und Hirsch-Dunckersche Richtung. Diese Begründung der Kommunisten führt konsequenterweise dazu, dass man auch den Gelben und den Nazis die Tariffähigkeit zuerkennt, da auch diese mehr Stimmen als die erwähnten Gewerkschaftsrichtungen erhalten haben. Die Kommunisten leisten also bewusst der Forderung der scharfmacherischen "Bergwerks-Zeitung"

Vorschub, dass die jetzige tarifpolitische Front "erweitert" werden müsse.

Nehmen wir nun einmal an, die kommunistische Aktion hätte Erfolg, d.h. Gelbe, Nazis und die RGO-Leute würden als Tarifkontrahenten zugelassen. Was wäre die Folge? Genau wie im Parlament würden die einen "hü" und die anderen "hott" ziehen und eine einheitliche Regelung, ein Tarifabschluss, wäre überhaupt nicht mehr möglich. Die Nazis und Gelben hätten dann einen Erfolg erzielt, für den die Unternehmer ruhig noch einige Millionen Mark opfern können. Die Kommunisten aber könnten für sich das traurige Verdienst buchen, dass sie mit ihrer revolutionären Taktik den Scharfmachern eifrig geholfen haben, dass diese ihr Ziel, die Zerschlagung der Gewerkschaftsfront, erreichten.

Täglich versuchen die Sowjetjünger, dass das "ganze System" zuerst von Grund auf vernichtet werden müsse, bevor nach russischem Muster ein Aufbau begonnen werden könne. Jetzt bringen es die Weltrevolutionäre auf einmal fertig, den "Zechenhyänen" - wie sie schreiben - zu erklären: "Wir sind bereit, mit Ihnen Verträge abzuschliessen". Oder bilden sich die ewigen Querulanten ein, sie könnten mit Hilfe ihres revolutionären Schimpflexikons bessere Verhandlungsergebnisse erreichen als die "reformistischen" Gewerkschaftsfunktionäre? Das wäre ein kindlicher Glaube, weil für die Arbeit am Verhandlungstisch auch einige Kenntnisse notwendig sind. Aber das macht den Kommunisten wenig Sorge, was ihnen an Kenntnissen fehlt, ersetzen sie durch revolutionäre Energie. Wenn der Effekt dann eine Pleite der Tarifbewegung ist, umso besser für - Moskau. Und deshalb drängen sie sich zum Abschluss von Tarifverträgen - und zwar auf der Grundlage eines Arbeitsrechtes, das die verdammten Reformisten erkämpft haben und das durch die verhasste Republik gesichert wird.

Zunächst wird den Gelben und Kommunisten nichts anderes übrig bleiben, als ihre Tariffähigkeit auf dem Weg über das Reichsarbeitsgericht nachzuweisen. Wenn das Dritte Reich kommt, brauchen sie aber auch das nicht: Tarifverhandlungen sind dann für die Unternehmer nur noch Hokuspokus, wenn sie sich überhaupt die Mühe nehmen, zu verhandeln.

---

SPD. Die Betriebsratswahlen in der Schuhindustrie haben einen neuen Beweis dafür geliefert, dass die freigewerkschaftliche Organisation der Schuhmacher auf der ganzen Linie ihre überragende Stellung gegenüber den gegnerischen Organisationsrichtungen und Splintern gehalten hat. In 330 (1930:376) Betrieben mit 55 238 (65 275) Beschäftigten, von denen bis Ende Mai Meldungen einliefen, wurden insgesamt 1 577 Arbeiterräte gewählt gegen 1717 im Vorjahr. Die Sitze verteilen sich folgendermassen: Zentralverband der Schuhmacher (freigewerkschaftlich) 1425 (im Vorjahr 1585), Christlicher Lederarbeiterverband 76 (79), Hirsch Dunckerscher Verband 12 (8), Kommunistische RGO 32 (14), Nationalsozialisten 3 (7), Gelber Werkverein 4 (3), Sonstige Vereinigungen 6 (0), Unorganisierte 19 (21).

---

SPD. Der Niederländische Möbelmacherverband hat die Einführung einer Altersunterstützung beschlossen. Es handelt sich um einen Zuschuss zur staatlichen Invalidenrente. Im Hinblick auf die Wirtschaftslage soll vorläufig von einer Beitragserhöhung abgesehen werden.

---

SPD. Im Berliner Einzelhandel war der Mantel- und Gehaltstarif von den Unternehmern gekündigt worden. Die Verhandlungen führten zu einer Vereinbarung, wonach der alte Manteltarifvertrag mit einigen unwesentlichen Änderungen wieder in Kraft gesetzt und die Kündigung des Gehaltstarifvertrags zurückgezogen wird. Der Gehaltstarif läuft unverändert bis Ende August weiter.

---

# Wirtschaft Technik Handel

## Diktatur des Interessentenklüngels.

SPD. Was nach der Tagung des Langnamvereins vor gut acht Tagen immerhin sehr wahrscheinlich erschien, aber doch noch nicht so ganz bestimmt war, ist Ereignis geworden: Dummheit und Verantwortungslosigkeit haben in der Schwerindustrie über Einsicht und Ueberlegung gesiegt. Man will den gegenwärtigen Reichskanzler, der "nicht stark genug ist", durch ein Regierungsdirektorium ersetzen. Das wäre die schwerindustrielle Diktatur nach Schacht'schem Muster.

Während die Schwerindustrie gegen Brüning anstürmt, kämpft die Reichsbank einen beispiellosen Kampf auf den deutschen Geld- und Kapitalmärkten. Die jüngsten politischen Ereignisse haben die Vertrauenskrise, die am Anfang dieser Woche abzuflauen schien, ins grenzenlose gesteigert. Jeder Tag am Schluss dieser Woche hat die Reichsbank etwa 70-90 Millionen Mark in Gold gekostet und die Bank dürfte seit Freitag, wo sich die Geldabzüge des Auslands stärker bemerkbar machten, weit über 700 Millionen Mark Gold und Devisen verloren haben. Das wird sich bald in unserer Wirtschaft bemerkbar machen, die weiter von Kapital entblösst wird. Man wird die Kredite verknappen. Und das muss die Arbeitslosigkeit steigern.

Es wird die höchste Zeit, dass das deutsche Volk die Zusammenhänge begreift. Man soll nicht immer auf die bösen Franzosen und Nordamerikaner schimpfen, die ihr Geld aus Deutschland zurückziehen. Man soll sich mal um jene deutschen Patrioten in der Schwerindustrie kümmern, die eine Atmosphäre geschaffen haben, der gegenüber der geängstigte Kapitalist im Ausland zu retten sucht, was zu retten ist.

Was das Regierungsdirektorium von Thyssens Gnaden zu tun hat, darüber hat man sich ja in voriger Woche auf der Tagung des Langnamvereins in aller Gründlichkeit geäußert. Man will den starken Inlandsmarkt, d.h. Schutzzölle, um die Preise für Kohle und Eisen nach Belieben zu steigern. Man will Steuerfortfall. Man will Subventionen. Und man will in erster Linie die Lohnsätze zerschlagen und die Löhne und Gehälter in Deutschland auf den Stand des afrikanischen Negerarbeiters herunterdrücken.

Gerade das Lohnprogramm der Schwerindustrie würde noch vor einem Jahr den ungeteilten Beifall des deutschen Unternehmertums gefunden haben. Heute, nach einem Jahr Lohndruck, ist man aber feinhörig und bedenklich geworden. Man weiss, dass der Lohndruck nichts anderes war, als ein fürchterlicher Aderlass für die Kaufkraft. Man hat durch den Lohndruck, die Beschäftigungsmöglichkeit nicht gesteigert, aber man hat Märkte und Absatz in schlimmste Unordnung gebracht. Der Lohndruck geht nicht nur auf Kosten des Arbeiters, er geht auf Kosten des gesamten Handels, auf Kosten der vielen mittleren und kleinen Unternehmerexistenzen. Das hat man heute auch schon in jenen Kreisen begriffen.

Aber was will man schliesslich? Das ist doch die von Hugenberg angekündigte notwendige Krise, die "notwendige Proletarisierung des ganzen Volkes". Man mutet damit dem deutschen Volk nochmal das "Fegefeuer" der Inflationszeit zu, das vielleicht noch schlimmer sein wird, als das, was wir von 1918 bis 1924 durchlebt haben. Billiger Trost, wenn Hugenberg die "strahlende Wiedergeburt" aus diesem Fegefeuer der Wirtschaftskatastrophe verheisst. Das ist ein Wechsel, der schlecht gedeckt ist. Das deutsche Volk riskiert bei diesem Spiel, das uns das Triumvirat Hugenberg-Schacht-Thyssen empfiehlt, dass wir aus dieser Kata-



stropfenkrise keinen Ausweg finden.

Als die Schwerindustrie während der letzten Reparationskonferenz in Paris den Abbruch der Verhandlungen verlangte und das Experiment von 1923 wiederholen wollte, verwies man sie darauf, dass die Folge die Vernichtung der deutschen Kredit- und Finanzwirtschaft, die Entblössung der deutschen Wirtschaft von Kapital, der Zusammenbruch jeder Wirtschaftstätigkeit in Deutschland und das Steigen der Arbeitslosigkeit ins Unermessliche sein müsse. Darauf hat Fritz Thyssen, ehemaliger Grossindustrieller und jetziger Genussscheinbesitzer beim Ruhrtrust, geantwortet, diese Krise brauche man eben; dann werde man schon mit den Arbeitern und den Gewerkschaften, mit Sozialpolitik und Lohnforderungen fertig. Dieses Wort ist nachher bestritten worden. Mag sein, dass Fritz Thyssen es nicht gebraucht hat. Der Vater dieses schlimmen Wortes kann aber schon ein verantwortungsloser Schwätzer wie Thyssen sein. Damals schien man sich noch vor der Vater-schaft eines solchen Wortes zu scheuen. Nicht aus nationalem und sozialem Gewissen. Heute hat man mit schwerindustriellem Geld die Hitlerpartei zusammengetrommelt und für die Dinge, die da kommen sollen, die nationalistischen Kassen frisch aufgefüllt. Womit sich das Dritte Reich Hitlers etwas enthüllt. Heute ist man national derart verwahrlost, dass man die Krise, "die man eben braucht", proviziert. Unterdessen kämpft die Reichsbank ihren Kampf um die deutsche Wirtschaft.

Diese Patrioten führen das Wort "national" immer im Munde. Dahinter steckt zuguterletzt nichts anderes als ihr Geldbeutel. Die Schwerindustrie in Rheinland und Westfalen will Subventionen. Riesensubventionen. Das hat sie in voriger Woche offen gesagt.

Man weiss, dass es in der zusammengeballten rheinisch-westfälischen Schwerindustrie nicht alles so ist, wie es sein soll. Man hat den Mammuttrust, die Vereinigten Stahlwerke, konstruiert und muss sich heute sagen, dass das eine Fehlkonstruktion ist. Man hat hunderte von Millionen mit dieser Fehlkonstruktion verpulvert. Man hat überkapitalisiert; eine Kapitalfehlleitung getrieben, die ohne Beispiel ist. Man hat eine Kapazität geschaffen, die nicht ausgenutzt werden kann und von Tag zu Tag teurer wird. Man steht vor der Notwendigkeit, die Riesenkapitalmassen zu schneiden und sie der wirklichen Rentabilität in der Schwerindustrie anzupassen.

Das bedeutet Verluste. Das erfordert Opfer. Es geht um den Geldbeutel! Auch in der Vorkriegszeit ist es der Schwerindustrie manchenmal nicht gut gegangen. Damals galten aber die guten soliden Grundsätze des ehrbaren Kaufmannes. Damals stand jeder für seine Sache gerade. Man griff, wenn die Krise Verluste brachte, in den eigenen Geldbeutel, ohne Rücksicht darauf, ob der eine oder andere in der Schwerindustrie dabei den Atem verlor und über Bord ging. Diese alten soliden Grundsätze der Väter hat die heutige Generation in der Schwerindustrie vergessen. Heute fühlt man sich als Staatspensionäre. Wenn der Staat, so kalkuliert man, den bankrotten Grossgrundbesitz im Osten erhält, so ist es nur recht und billig, dass der Staat auch die Schwerindustrie erhält. Nur, dass es sich bei der Sanierung im Osten um Millionen, hier aber um Milliarden handelt. Wir stehen vor der phantastischen Tatsache, dass der ganze Staatsapparat für die Sanierung der Schwerindustrie verwandt werden soll. Nur deshalb, um das Privatvermögen von Leuten wie Fritz Thyssen nicht anzutasten.

Das ist eine der hauptaufgaben der schwerindustriellen Diktatur. Im Notprogramm ist die Schwerindustrie weit berücksichtigt worden. Während das ganze Volk Lasten auf sich nimmt, bleibt die Schwerindustrie frei. Man gibt ihr durch die neue Notverordnung Subventionen nach Hunderten von Millionen. Aber das genügt der Schwerindustrie nicht. Darum ist der Kanzler "nicht stark genug". Darum die schwerindustrielle Diktatur.

Wer glaubt, bei einer solchen Diktatur das Fell des Bären mit der Schwerindustrie teilen zu können, der irrt sich. Schon von jeher war es nicht gut, mit grossen Herren Kirschen zu essen. Das sei zur Warnung der vielen in Deutschland bemerkt, die immer noch nicht klug geworden sind.



SPD. Das Reichsfinanzministerium legt einen Ausweis über die Reichseinnahmen und Ausgaben im Rechnungsjahr 1930, also für die Zeit von Anfang April 1930 bis Ende März 1931 vor, nach dem sich ein Gesamtfehlbetrag von rund 1525 Millionen Mark ergibt.

Im ordentlichen Etat werden die Einnahmen einschliesslich 25 Millionen Mark Einnahmereste mit 10 411,8 Millionen Mark ausgewiesen, die Ausgaben einschliesslich 184,5 Millionen Mark Ausgabenreste mit 11 601,8 Millionen Mark. Damit ergibt sich ein Fehlbetrag von 1190 Millionen Mark.

Im ausserordentlichen Haushalt betragen die Einnahmen 970,2 Millionen Mark, die Ausgaben 459,9 Millionen Mark. Der Ueberschuss beträgt also 510,3 Millionen Mark. Aus den Jahren 1926-1929 ist aber noch ein Fehlbetrag von 771,7 Millionen Mark vorhanden, wozu noch Ausgabenreste am Schluss des verfloßenen Rechnungsjahres in Höhe von 73,5 Millionen Mark kommen. Insgesamt ergibt sich damit für den ausserordentlichen Etat ein Defizit von 334,9 Millionen Mark.

Die Reichsschuld machte am Schluss des Rechnungsjahres, also Ende März 1931, rund 10 396,3 Millionen Mark aus. Die schwebende Schuld wird für Ende März mit 1709,5 Millionen Mark angegeben.

---

### Berliner Viehmarkt.

---

(12. Juni 31)

SPD. Mit Ausnahme des Rindermarktes brachte der Freitagmarkt stärkere Preisabschläge. Die Entwicklung beweist, dass die Preise durchaus vom Angebot bestimmt sind. Bei der immer schlechter werdenden Aufnahmefähigkeit der breiten Massen genügt eine auch nur etwas den Bedarf übersteigende Beschickung, um das Preisniveau zu werfen. Schweine und Kälber hatten reichlichen Auftrieb. Der Preisabschlag bewegte sich bei Schweinen im Ausmass von 3 bis 4 Pfennigen, bei Kälbern bis zu 10 Pfennigen. Der Hammelmarkt wurde weniger betroffen. Das Anziehen der Preise auf dem Rindermarkt beruht auf einer geringen Beschickung des Marktes. Der Handel, an dem sich der Export beteiligte, war rege.

Notierungen: Schweine: a. über 300 Pfund 45 (voriger Markt 48-50), b. 240 bis 300 Pfund 43-46 (48-50), c. 200-240 Pfund 43-45 (48-50), d. 160-200 Pfund 41-43 (46-48), e. 120-160 Pfund 38-40 (42-45), Sauen 40-42 (43-45), Schafe: a. 46-50 (47-51), b. 42-46 (44-46), c. 35-40 (38-42), d. 26-30 (25-30). Kälber: b. 56-65 (65-72), c. 43-45 (45-63), d. 25-40 (30-43). Kühe: a. 35-40, (35-39), b. 30-34 (30-33), c. 24-28 (22-28), d. 18-22 (15-20).

---

SPD. Das Reichsstatistische Amt stellt fest, dass im Jahre 1930 nicht weniger als 330 300 Wohnungen gebaut worden sind. Ebenso viel wurden im Jahre 1928 gebaut, dagegen stellte sich für das Jahr 1929 die Zahl der gebauten Wohnungen um 2,5 Prozent höher. Zum ersten Mal wurde im Jahre 1930 die Grösse der Neuwohnungen ermittelt. Von den 307 000 Neuwohnungen entfallen 47,7 Prozent auf Kleinwohnungen (1-3 Wohnräume), 49,4 Prozent auf mittlere Wohnungen (4-6 Wohnräume), und 2,9 Prozent auf grosse Wohnungen (7 und mehr Wohnräume). Der Anteil der Kleinwohnungen hat in den letzten Jahren ständig zugenommen. Von den Neuwohngebäuden wurden 79,4 Prozent mit Unterstützung öffentlicher Mittel, also mit Hilfe von Hauszinssteuern usw. errichtet. Bei den Kleinwohnungen macht die Inanspruchnahme von Hauszinssteuer etwa 80 Prozent aus. Bei den Bauherren sind über die Hälfte private Auftraggeber, doch geht der Anteil ständig zurück. Die privaten Bauauftraggeber betragen 1927 noch 60,3 Prozent gegenüber 51,3 Prozent im Jahre 1930.

---

## Wenig Geschäft.

(Berliner Getreidebörse vom 12. Juni)

SPD. An der Berliner Produktenbörse herrschte am Freitag recht ruhige Stimmung. Am Markte der Zeitgeschäfte blieben die Notierungen für Weizen und Roggen wenig verändert, jedoch war die Umsatzstätigkeit nur gering. Auch in effektiver Ware kamen nur wenig Geschäfte zustande. Weizen war knapp angeboten, konnte jedoch bei geringfügiger Kauflust nicht immer die gleichen Preise erzielen. In Roggen aus neuer Ernte ist das Angebot etwas grösser geworden, jedoch kamen auch hier wenig Geschäfte zustande, da die geforderten Preise nicht bezahlt wurden. Auch der Mehlmarkt verkehrte in stiller Haltung. Für Weizenmehl war zeitweise etwas bessere Nachfrage vorhanden, während Roggenmehl vollständig vernachlässigt blieb. Die Forderungen der Mühlen waren im allgemeinen unverändert. In Hafer lag ausreichendes Angebot vor. Es kamen jedoch wenig Umsätze zustande und die Preise waren eher leicht gedrückt.

	<u>11. Juni</u>	<u>12. Juni</u>
	(ab märkische Station in Mark)	
Weizen	270 - 272	270 - 272
Roggen	195 - 197	195 - 197
Futter- und Industrieroggen	205 - 222	204 - 220
Hafer	180½ - 185½	180 - 183
Weizenmehl	32,50-37,75	32,50-37,75
Roggenmehl	26,30-28,00	26,30-28,00
Weizenkleie	14,30-14,60	14,10-14,40
Roggenkleie	13,25-13,55	13,00-13,40

Handelsrechtliche Lieferungsgeschäfte: Weizen Juli 280-279½ (Vortag 282), September 239-240 (240), Oktober 239½-240½ (240½). Roggen Juli 197 plus Brief (197), September 187½-188½ (188), Oktober 189½ Geld (188½), Hafer Juli 187 (187½), September 162½-163½ Geld (164), Oktober - (163½).

## Berliner Milchpreis.

SPD. Die Preise für Milch, die nach Berlin zur Lieferung gelangt, betragen vom 12. bis 18. Juni je Liter frei Berlin: für A-Milch 17,9, für B-Milch 19,4, für tiefgekühlte Milch 18,4, für molkereimässig bearbeitete Milch 16,95 Rpf. Die A-Milchmenge ist auf 100 Prozent des A-Milchkontingents der einzelnen Lieferstellen festgesetzt. Richtpreis für den Kleinverkauf ab Laden oder Wagen 30 Pfg.

## Amtliche Kartoffelnotierungen.

SPD. Amtliche Berliner Kartoffelnotierung, je Zentner waggonfrei märkischer Station, 12. Juni: Weisse Kartoffeln 1,90 bis 2,10, rote 2,40 bis 2,60, Odenwälder blaue 2,70 bis 3,-- Nieren, gelbfleischige (ausser Nierenkartoffeln) 3,80 bis 4,10, Fabrikkartoffeln je Stärkeprozent 9,50 bis 10 Rpf.

# Kunst und Wissen

U N T E R H A L T U N G S B E I L A G E D E S S . P . D

Berlin, den 12. Juni 1931

Riccardo, der Töpfer.<sup>x</sup>

SPD. War da in Taormina ein junges Mädels. Mit wunderhübschen Zähnen. (Ich will annehmen, dass sie nicht nur deshalb gern lachte. Sie lachte sogar, als die Abschiedsstunde schlug; so jung war sie.)

"Also Sie reisen jetzt ab. - Fahren Sie über Salerno! Eine Station dahinter liegt Vietri. Dort steigen Sie aus und fragen nach Signore Riccardo!"

"Genügt das: einfach Riccardo?"

Es genügte.

Vietri; Wolken am Himmel, drüben das Meer; aber die Sonne kommt schon, also - aussteigen!

Da gibt es einen sehr freundlichen Bahnhofsvorsteher und einen gerissenen Gepäckträger. Dieser Gepäckträger fragt, ob man etwas zu rauchen hätte. Man hat nichts. (Wirklich nicht, denn das Zeug schmeckt zu schlecht in Italien). Dann verlangt er fürs Aufbewahren eines Gepäckstückes eine Lira, zehn Ventesimi. Es kostet nur eine Lira. Das weiss er genau so gut wie ich, und so bringt er die zehn Centesimi brav wieder zurück, weil er annimmt, er darf sie dann doch für sich behalten. Er nimmt richtig an. Man sollte ihn ins Finanzministerium berufen.

+ + +

Ich frage nach Signore Riccardo. - Fragen Sie in einer deutschen Kleinstadt auch nach Herrn Richard, Albert, Paul oder Emil? Man würde die Achsel zucken. Hier aber heisst einer eben Riccardo oder Ernesto oder Giuseppe. Als solcher erst wird er auffindbar. Signore Riccardo wohnt nicht in Vietri, sondern in Marina sul mare. Es liegt also am Meere, ein kleines verwinkeltes, in einen Tal= schlitz gekleckstes Nest, und würde unzweifelhaft nach Fisch riechen, wenn die Fischzüge der armen Teufel dort unten ertragreicher wären.

Ich frage mich kreuz und quer nach der Wohnung Riccardos durch, richte Grüsse des Mädels mit den hübschen Zähnen aus und werde nach der Töpferei geführt. Dort haust er. Es geht hinauf und hinunter, durch ein Tal, an dessen Hang die Bahn nach Neapel klirrt. Grün ist alles ringsum und hell, von einer in jenen Breitengraden einsichtigen Frühjahrs=sonne freundlich angelächelt.

+ + +

"Da ist die Fabrik." Und da steht auch im ehemals weiss gewordenen Töpfer= kittel Signore Riccardo und begrüsst mich mit leichtem schwäbischem Akzent. Er stammt nämlich aus Deutschland und hat Italien nicht in D=Zugstunden durch= rast, sondern ist jahrelang hin und her gependelt, von Glücksgütern nur mässig belästigt, war da und dort, bis er in Marina di Vietri landete. Nun modelliert er aus Ton Elefanten und Esel, Madonnen mit und ohne Kind, grosse und kleine Vasen, malt Jerusalem oder sizilianische Motive auf Flachwerke und lädt nach getaner Arbeit Fremde in sein gastliches Haus ein; Fremde, die überraschend schnell zu Freunden werden und wieder weiter ziehen, oft vielleicht mit zu schwachem Erinnerungsvermögen.

Ich balanciere an lehmigen Becken vorbei in die Modellierwerkstatt. Jedes einzelne Stück wird dort mit der Hand gearbeitet. Maschinenlärm und laufendes Band sind unbekannt. Es geht recht still hier zu. An der Töpferscheibe, drinnen in einem dunklen Raume, sitzt ein Alter und formt Tonvasen. Immer wieder taucht er die Finger ins Wasser und drückt sie leicht gegen die rotierende Tonglocke,

bis allmählich sich die endgültige Form aus grauen Händen schält.

Das sieht gar nicht so schwierig aus...vielleicht nur deshalb, weil man von der Sache nicht viel versteht, weil überhaupt alles schön, einfach und herrlich ist, was man so im Vorbeigehen während der Ferien aufgreift. Deshalb weht um die alten Gänge dieser Salernerer Töpferei noch so etwas wie Romantik, und nur Signore Riccardo wird wissen, dass hinter solcher Romantik, wie etwa Eichen-dorff sie besungen hat, heute das kalte Wort "Absatz" äugt, mitleidlos fragt und sicherlich auch Kopfzerbrechen macht. Darüber täuscht südliche Sonne nicht hinweg, auch wenn sie noch so gleissend über den fernen Wellen vor Marina liegt und den Blick der Amalfi-Besucher bannt.

+ + +

Gang durch die übrigen Räume. Auf langen Regalen stehen die Figuren. Besonders Spass machen mir die kleinen, bunten Eselchen mit ihren naiv-grossen Augen, davor ein furchtbar stacheliger Kaktus. In gediegenen Farben und Formen: Tonkrüge aller Grössen, Quadrate für Fussböden und Oefen... Wie das alles gemischt, geformt, gebrannt, bepinselt und wieder gebrannt wird, will ich hier nicht erörtern. Ich würde sonst die Rache der Fachkritiker auf das von solchen Sorgen unbeschwerte Haupt des Feuilletonisten lenken, und es ist grundsätzlich schade um Häupter, deren Haare sowieso gezählt sind.

Es mag auch die freudigere Art des Betrachtens sein, fern vom Wissen um Stoffliches, Dinge kennen zu lernen, anstatt Buchweisheiten bestätigt zu finden. Diese These hat natürlich keine Allgemeingültigkeit, und es wird gut sein, wenn einer weiss, dass Demosthenes nicht Generaldirektor der siamesischen Eisenbahnen ist, so er zur Athener Akropolis emporsteigt. Aber ich lasse mir gern erzählen, erklären, ohne die strenge Absicht, es für alle Ewigkeiten zu behalten. Irgend-eine Zelle im Hirn ist gütig genug, Eindrücke zu verkapseln und sie in einer angenehmen Stunde der Erinnerung wieder anzubieten.

So dachte ich gerade heute an jene Töpferei im Talgrunde von Vietri, an ihre fleissischen Menschen, die da Krug an Krug stellen, formen und pinseln, an den Signore Riccardo, der sich freut, wenn nach dem Brande die Farbe bleibt, und der die I.=G.=Vertreter verwünscht, wenn dieses oder jenes azuro nicht ausgehalten hat.

+ + +

Das grosse Leben, das scheckbuchbewaffnet mit Allright=Gurgeln und "Herrliche Gegend!" weiter nach Amalfi autocart, lässt Marina di Vietri ziemlich ungeschoren. So wandere ich endlich in Musse durch die Gassen, hinter an den Strand, wo wieder die Fischer geduldig leere Netze aus dem Meere ziehen.

O.F.Heinrich.

---

X

Sechszwanzig Schilling.

---

SPD. Hundstagshitze siedelt und kocht im Tale. Die Sonne steht wie ein Oelfleck im Himmel, der tage- und wochenlang dunstig blau ist, ohne ein Wölkchen. Alles flimmert in der Hitze. Die Wege sind zerfahren; feiner, weiss-grauer Staub wirbelt wie Puder hoch, wenn ein Auto vom Tauern-Tunnel herkommend vorübersaust. Alles Grün längs des Weges erstickt unter Staub. Die Vögel schweigen; nur hoch oben am Berge keucht die Tauern-Bahn. Kein Lüftchen dringt ins Tal und bringt Kühlung. Arg ist sie, diese Hitze. Trocknet förmlich das Hirn aus, treibt Sturzbäche von Schweiss aus dem Körper, kocht das Blut in den Adern dick, dass es im Schädel saust. Der Staub, den die Autos hochwirbeln, beisst sich in den Augen und in der Kehle fest. Da zu wandern ist wahrlich kein Vergnügen. Wo sind die Zeiten, da der Wanderbursche mit dem Sträusschen am Hute durch die Welt zog? Lügner, wer heute noch von Romantik auf der Landstrasse redet. Dann müsste ein Arbeiten am laufenden Bande oder am glühenden Kessel.

feuer ebenfalls romantisch sein. Gewiss mag es für die so erscheinen, die nur zusehen, nicht arbeiten oder wandern müssen. So denkt der des Weges ziehende Handwerksbursche. Zweiundzwanzig Jahre ist er nun alt. Mit achtzehn Jahren Geselle, ein halbes Jahr arbeitslos, zwei Jahre in der Fremde gearbeitet, Streik, Aussperrung, Stellungswechsel, zwischendurch mal wieder arbeitslos und nun schon über ein Jahr auf der Landstrasse.

Obervellach. Der Weg steigt, steil, holprig. Für wunde Füße, ausgemergelten Körper bei dieser Hitze kein leichtes Stück. Tief unten schon liegt das Tauern-Kraftwerk, die grosse Hoffnung Kärntens. Das Wasser schiesst in rasendem Sturze die Betonrinne hinab, in der Wucht des wilden Reigens in Milliarden, feinsten Perlen zersprengt. So rast es und rast, Turbinen zu drehen, Strom zu erzeugen für die Menschen, denen des Handwerksburschen ohnmächtiger Hass und Grimm gilt. Menschen, für die er weiter nichts ist als einer, der nicht arbeitet, bettelt, von der Arbeit Anderer lebt. Wie oft hat man ihm schon gesagt, er solle arbeiten, wenn man ihm hier und da ein Stück Brot oder ein Schüsselchen Kukuruzsterz reichte! Doch keiner hat selber für ihn Arbeit. Die bedenkenlos hingeworfenen Worte wuchten auf ihm. Er ist noch nicht tief genug gesunken, um gegen die unberechtigten Vorwürfe gleichgültig zu sein. Lieber noch mehr hungern, als diese Worte immer und immer wieder hören zu müssen. Doch das weckt in ihm einen Zorn, der sich nach der falschen Seite zu entladen droht, denn die Bauern müssen selbst schwer ringen und sind sich der Wirkung ihrer Worte nicht bewusst. Doch weiter, immer weiter! Der Wald ist ein Backofen, die Felsen werfen die Hitze zurück, das Holz knistert in der Glut.

Eine helle, knabenhafte Stimme zerreisst seine Dumpfheit. Ein Paar wässrig blaue Augen in einem Greisenantlitz auf dem Körper eines Kindes schauen ihn an. Nervös verzieht sich das Gesicht, hüpfen die Augäpfel, den Epileptiker verratend. Der schwache Körper steckt in Kniehosen und zerschlissenem Janaker. Ein grosses, rotes Taschentuch birgt die Habseligkeit des Kleinen. Froh, Gesellschaft gefunden zu haben, schliesst er sich dem Grossen an, der schon längst wieder in seine Verzweiflungsstimmung zurückgefallen ist. Lustig plaudert er drauflos; die Worte tropfen an das Ohr des Anderen, als kämen sie aus weiter Ferne. In seiner Kärntner Mundart erzählt er seine ganze Lebensgeschichte. Zu Hause hat man ihn weggejagt, weil er zu schwach zum Arbeiten ist und an Anfällen leidet. Sein Vater ist tot, gefallen. Der Stiefvater will ihn nicht ernähren. Auch die Mutter ist lieblos und schimpft immer. Nun will er versuchen, eine Stelle als Hütejunge zu bekommen. Wenn nur seine Anfälle nicht wären. Die Leute hier sind so gut zu ihm, da er ja doch krank ist. Essen und Trinken hat er immer genug; sogar sechsundzwanzig Schilling hat er sich schon sparen können. Da stutzt plötzlich der Grosse. Sechsundzwanzig Schilling? Lass sehen! In einer Zigaretenschachtel liegen die blanken Münzen und gleissen. So, dieses menschliche Wrack erhält man, ist gut zu ihm. Und er...? Gedanken blitzen auf. Sechsundzwanzig Schilling! Das wären eine neue Kniehose, Schuhe besohlen, einige Tage nicht fechten müssen. Sechsundzwanzig Schilling, das wäre....

Hat der Kleine seine Gedanken erraten, seine Blicke verstanden? Er steckt die Schachtel wieder weg. Quälend bohrt er sich dem Grossen ins Hirn. Für den Kleinen ist das nur totes Kapital; er gibt sie doch nicht aus; ein Spielzeug vielleicht. Für ihn Leben. Gutwillig wird der das Geld aber nicht herausrücken, also Gewalt! Weit und breit kein Mensch, nach Mallnitz noch eine gute Stunde Weg. Ein guter Hieb wird den Jungen für eine halbe Stunde umlegen. Vielleicht bekommt er dann noch einen Anfall, und der Räuber hat eine gute Ausrede, falls er doch geschnappt werden sollte. Dann hat der eben einen Anfall gehabt, das Geld verloren und die ganze Geschichte nur erfunden, um wieder zu Gelde zu kommen. Wenn er ihn vom Wege weglockt, wird er vielleicht misstrauisch. Doch dort an der Wegkrümmung, wo unten der Wildbach schäumt und der Hang steil abfällt, ist es günstig. Die Tannen verdecken jede Sicht, und das Tosen des Wildbaches würde einen Schrei schon verschlingen. Tiefer und tiefer frisst sich der Gedanke. Geld, Geld! Das ist Leben ohne Sorge. Geschehen muss

es. Seine innere Angst versucht er zu töten. Erzählt von Deutschland,woher er gekommen ist. Ein grosses Land. Viel weiter ist es als bis nach Spittal oder gar nach Salzburg. Grosse Fabriken; mehr Arbeiter,als Leute in Spittal wohnen. Grosse Schiffe. Tausend und mehr Leute sind drauf. Der Kleine kennt nur Flösse die die Drau herab spritzen, hat nicht einmal den Spittaler See gesehen. Kann das garnicht fassen und staunt. Dem Andern aber zittert vor Aufregung die Stimme. Die Pulse schlagen Generalmarsch. Merkwürdig, wie das Wasser heute rauscht so hohl...Die Luft ist gläsern, greifbar und doch unsichtbar,und die Bäume...

Der Körper ist nur Spannung und Erregung. Schreit nach Auslösung. Er kann den Kleinen nicht ansehen, blickt starr voraus. Aber es muss sein; der Gedanke verlässt ihn nicht. Gleich sind sie an der Stelle.

Der Kleine neben ihm stöhnt. Er hat Hunger und kann auch nicht so schnell laufen. Ein Keulenschlag trifft da den Grossen. Hunger.... Die Knien werden ihm plötzlich weich und pappig. Schütteln geht durch seine Glieder. Brennende Flecke tanzen vor seinen Augen. Hunger,Hunger! Auch der Kleine leidet Not;wo keine Menschen sind. Besinnung springt den Grossen an. Er wird sich seines Vorhabens erst jetzt bewusst. Dies Häuflein Mensch wollte er berauben um lumpiger sechszwanzig Schilling willen,diesem schwachen Körper Gewalt antun? Angst schnürt ihm die Kehle zu. Es würgt, erdrückt ihn; er kann es jetzt nicht fassen. Hatte er sich nicht immer recht und schlecht durchs Leben geschlagen? War der Kleine,waren die Bauern mit ihren Redensarten schuld an seiner Not,das sein Groll sich hier an diesem Schwächling entladen wollte?

Hinter den Tannen tauchen in nächster Nähe Häuser auf. Er hatte sie vorhin nicht sehen können,wäre vielleicht schon hier erwischt,wenn... Hunger! Das brachte ihn zur Besinnung, schützte vor der Untat. Es sind Pensionshäuser, die hier liegen. "Geh rein,essen,Kleiner! Grüss Gott!" Das kann er noch herauswürgen. Dann rennt er, rennt. Nur fort, sich nicht umsehen! Die hilflosen Augen des Kleinen sehen ihm fragend nach. Was hat der,warum rennt er so weg, wo er doch eben noch so schön erzählt hat? Der aber keucht weiter. Gut,dass er sich nicht umsieht! Sein Kopf ist hohl; saust, dröhnt. Ist es die Hitze, der schnelle Lauf, die Entspannung? Sechszwanzig Schilling,beinahe Strassenräuber. Immer und immer wieder schüttelt ihn das Grauen.

Karl Kolbe.

---

### Vorsicht, Strahlenpilz!\*

---

SPD. In diesen Tagen,wo viele Tausende ihren Urlaub antreten,um in den wenigen Wochen des Hochsommers sich von den Anstrengungen der täglichen Arbeit zu erholen, bricht wieder eine Zeit an, in der durch eine besondere Unachtsamkeit eine böse Krankheit hervorgerufen wird, für deren Verhütung nicht genug getan werden kann. Hervorgerufen wird sie durch einen auf Getreidehalmen (besonder Gerste) und Gräsern, auf Aehren und Grannen, auf Stroh und Heu verhältnismässig häufig vorkommenden Schmarotzer, den sogenannten Strahlenpilz,wissenschaftlich genannt Actinomyces. Dieser Strahlenpilz bringt,auf Menschen oder Tiere übertragen,schwerste Entzündungserscheinungen,Geschwülste und Eiterungen hervor. Er bevölkert das entzündete Gewebe in zahlreichen Kolonien. Schon dem unbewaffneten Auge wird das sandkorn= bis hirsekorngrosse, gelbliche Körnchen sichtbar. Es handelt sich um die sogenannten Strahlenpilzdrusen. Wenn man eine solche Druse in hauchdünne,durchsichtige Scheibchen zerschneidet und das Präparat durch ein etwa dreihundertfach vergrösserndes Mikroskop betrachtet,so sieht man zahlreiche Pilzrasen, von denen jeder aus einer Unmenge strahlig angeordneter, gegen den Rand zu keulenartig verdickter Pilzzellen besteht.Dagegen geht das innere Ende der Keule in ein feineres,fadenartiges Pilzgeflecht über.



Die Ansteckung mit diesem Strahlenpilz erfolgt bei dem Menschen in der Mehrzahl der Fälle dadurch, dass mit Pilzrasen besetzte Grannen in den Mund gelangen. Die Infektion erfolgt in der Weise, dass mit der Nahrung oder durch mutwilliges Zerkauen von Aehren und Stroh versehentlich Grannen in die Mundhöhle gebracht werden, die den Krankheitserreger beherbergen. Im Zahnfleisch, in der Wangenschleimhaut, den Speicheldrüsenmündungen oder Mandeln werden die Pflanzenteilchen durch ihre Widerhaken festgehalten, ja, wohl gar durch unwillkürliche Muskelzusammenziehungen noch tiefer ins Gewebe getrieben. Das Wachstum und die Ausbreitung des Pilzes lassen dann nicht lange auf sich warten. Das Wurzelgeflecht senkt sich ins Gewebe, bringt es zum Zerfall und zur Einschmelzung, und die Folge sind zunächst brettharte und dann teigige, die Wange oder den Mundboden durchbrechende Geschwülste, die sogar die Kieferknoche in Mitleidenschaft ziehen können. Weitere Formen der Ansteckungsmöglichkeiten durch den Strahlenpilz zeigen sich in der Actinomyose der Lunge und des Darms. Im Gegensatz zur raschen Entwicklung der eingangs erwähnten Krankheitsformen zieht sich die Strahlenpilzkrankung der Lunge und des Darms viele Jahre hin.

Was die Strahlenpilz-Erkrankung in jedem Falle zu einer ernststen Gefahr für das Leben macht, ist die Neigung des Pilzes, sich nicht auf den Sitz der Ansteckung zu beschränken, sondern sich auf dem Wege über die Blut- und Lymphbahnen im Körper zu verbreiten. Erweichte Strahlenpilzherde brechen nach Zerstörung einer Blutgefässwand in die Blutbahn ein, und auf diese Weise werden die Schmarotzer - besonders beim Bestehen einer Lungen- oder Darm-Actinomyose nur allzu oft durch den Blutkreislauf in das Gehirn, das Herz, die Leber, Milz, Nieren, Knochen, Gelenke und Muskulatur verschleppt. Auch tödliche Blutgefässverstopfung kann durch den Strahlenpilz eintreten. Wenn die Ausdehnung der Krankheit nicht allzu gross ist, wird ein chirurgischer Eingriff die günstigsten Heilungsaussichten gewähren. Wenn er sich aber verbietet, haben innerlich Anwendung von Jodkali und Röntgenbestrahlung schon gute Dienste geleistet.

Zusammenfassend kann nicht dringend genug gerade Kindern gegenüber vor der Unsitte gewarnt werden, Strohhalme durch die Zahnscheiben zu ziehen und sich dadurch der ausserordentlich grossen Ansteckungsgefahr auszusetzen.

Dozent Ewald Schild.

-----  
**Die auf den Hebel drücken!X**  
-----

Von A.B. Magil.

SPD. In Scotsborough, Alabama, USA., wurden acht arbeitslose Neger, sämtlich unter 21 Jahre alt, zum Tode verurteilt, weil sie angeblich weisse Frauen zu vergewaltigen versucht hätten. Die Todesstrafe soll am 10. Juli vollzogen werden.

Acht.

Acht schwarze Burschen werden zum elektrischen Stuhl geschleppt. Acht schwarze Leibe, gefesselt, getreten, misshandelt. (Es sind ja schliesslich nur Nigger.) Und zwölf weisse Männer, zwölf achtbare Männer werden dann wieder heimkehren zu Frau und Kind und zu ihren Geschäften. (O Herr, Dein Wille gesche!)

Das Leben geht weiter.

Sie befinden sich jetzt in Scotsborough.

Achtung! 20 Meilen die Stunde Geschwindigkeitsgrenze!

Und acht Leichen in fünf Minuten. Es sind ja schliesslich nur Nigger.  
O sonnenüberflutetes Alabama! Wo die Baumwolle gedeiht und von den

Bäumen aufgeknüpfte Neger herniederhängen.

Schneller vollbringst du es nun - der elektrische Strom lässt das Blut gerinnen, und schon - Ist das Schauspiel vorüber.

Kein Schmutz, kein Schreien, kein Röcheln. Saubere Arbeit. Sacht Leichen in fünf Minuten.

Und zwölf weisse Männer, zwölf achtbare Männer, werden dann wieder heimkehren zu Frau und Kind und zu ihren Geschäften. (O Herr, Dein Wille geschehe!)

Ihr, die ihr auf elektrische Hebel drückt, ihr Grundstücks- und Ladenbesitzer

Wie wär's, wenn wir euch um euren Vesttag prellten, wie wär's,

Wenn heute, in dieser Stunde, ein elektrischer Strom Millionen Herzen erglühn liesse,

Von Hand zu Hand zuckte und all die Millionen Hände zu einer einzigen gewaltigen, unbesiegbaren Hand zusammenschmolze - heute, in dieser Stunde -

Zu der Hand, die den Hebel drückt,

Der eine verrottete Welt des Lynchmords zersprengt?

(Aus dem Amerikanischen übertragen von  
Leo Korten.)

### Napoleons Bibliothek.

SPD. Die Preussische Staatsbibliothek hat ihre Räume für eine Ausstellung zur Verfügung gestellt, deren Material aus einem grossen Berliner Antiquariat stammt. Ueber die Herkunft dieser Bibliothek, von der nur ein Teil, etwa 500 Bände, ausgestellt werden konnte, wird nichts verraten. Man überzeugt sich leichlich davon, dass diese herrlichen, meist in rotes und grünes Maroquin-Leder gebundenen und fast durchweg mit dem gekrönten "N" oder dem Wappen Napoleons in Goldpressung geschmückten Bände ganz ausgezeichnet erhalten und sogar von Stockflecken frei sind. Sie müssen gut und sorgfältig aufbewahrt gewesen sein.

Napoleon I. muss ein wahrer Büchernarr gewesen sein. Selbst auf seine Feldzüge hat er eine Bibliothek mitgenommen. Man weiss, wie gern er in den alten Geschichtsschreibern, im Livius, Tacitus und Plutarch, studierte. Auf seiner Expedition nach Aegypten liess er alles Wissenswerte sammeln und in einem siebenbändigen Werke niederlegen, das in den Jahren 1809 bis 1813 erschienen und sogar mit nach St. Helena gewandert ist. Seit 1811 musste sein Bibliothekar Barbier Literatur über Russland sammeln, besonders über Russlands Topographie. Damals also rechnete der Kaiser bereits mit der Möglichkeit eines russischen Feldzuges. Seine Landkarten waren besonders sorgfältig aufbewahrt. Es gibt da 23 Maroquin-Kästen, die in nicht weniger als 1200 Schubfächern 6000 Einzelkarten enthalten in allen Formaten von Oktav bis Folio. Jede Karte ist auf Seide aufgezogen und mit seidenen Bändern eingefasst. Für Russland allein waren 7 Kästen vorbehalten. Aber von diesen 7 sind 3 leer. Wenn sich Napoleon schon von seinen Karten trennen musste, dann musste es schlimm mit ihm stehen.

Schon als General führte Bonaparte eine erlesene kleine Reisebibliothek mit sich. Sie besteht aus 27 Bänden von ehemals 60; sie tragen noch nicht das goldgepresste Wappen, das erst nach der Kaiserkrönung auftaucht, ebenso wie die goldenen Bienen, die er als Symbol liebte. Die meisten Autoren dieser Reisebibliothek kennt man heute nicht einmal mehr dem Namen nach. Das spricht nicht gegen den Geschmack des Besitzers, denn der kritische Abstand pflegt sich selbst bei sehr sachkundigen Männern erst nach Jahrzehnten einzustellen. Immerhin ist Montesquieu darunter vertreten. In der Kaiserzeit kommen dann die ganzen französischen, italienischen und englischen Klassiker dazu, die Engländer meist in französischer Uebersetzung. Ein Glanzstück der Kaiserbibliothek ist die Kehler Voltaire-Ausgabe in 70 Bänden - Voltaires Bücher mussten meist ausserhalb Frankreichs gedruckt werden, namentlich in Holland. Diese Ausgabe

der "Société Typographique" von 1784/89 ist von dem Dichter der "Hochzeit des Figaro" besorgt worden, von Beaumarchais, der dabei sein ganzes Vermögen geopfert hat.

Eine weitere Kostbarkeit ist die in zwei starken Foliobänden, in Wirklichkeit Sammelkästen, untergebrachte Folge von 109 Bänden der "Poets of Great Britain", mit 140 Kupferstichen illustriert, in Edinburg 1779/83 erschienen, Ein politisches Kuriosum: ein Geschenk der Engländer, die den Korsen später so grimmig hassen und sich so grausam an ihm rächen sollten! Seiner zweiten Gattin der österreichischen Erzherzogin Marie Louise, hat Napoleon 50 reizende Aquarelle zur Hochzeit geschenkt, Pariser Stadtansichten des Malers V.J. Nicolle: die Gattin sollte das ihr unbekannte Paris schon vor ihrer Ankunft im Bilde kennen lernen. Eine andere Merkwürdigkeit: der Verleger eines speichelleckerischen Machwerks "Poetischer Kranz Napoleons des Grossen oder Auswahl von Gedichten, die zu seiner Ehre verfasst sind", hatte die Verfasser von Huldigungsgedichten für die erste Kaiserin, Josephine, zur Beteiligung an einem für diese Frau bestimmten Bande aufgefordert. Als nun Napoleon sich plötzlich von Josephine scheiden liess, musste diese Aufforderung des geschäftstüchtigen Verlegers schleunigst - überklebt werden. Deutsche Bürger haben sich übrigens kräftig an der Untertanenschmeichelei beteiligt: es gibt da einen riesigen vergoldeten Samtband: "Napoleon dem Grossen am 20. März 1811 die Behörden und Einwohner der Provinz Erfurt"...

Ein Jahr vor der Katastrophe, 1812, wird Gibbons "Geschichte des Sturzes des römischen Reiches" erworben....

Hermann Hieber.

---

SPD. Mittelalterlicher Freskenfund in Südtirol.<sup>X</sup> Kanonikus Schrott hat auf Grund seiner Studien im Kloster Neustift in Südtirol die Intendanz der Schönen Künste in Trient darauf aufmerksam gemacht, dass unter der Barockfassade des Klosters Fresken aus früheren Jahrhunderten verborgen sein müssen. Daraufhin wurden an der Westwand des Klosters nach Entfernung der Uebertünchung wohlerhaltene farbenprächtige Fresken vorgefunden, die nach dem Jahre 1370 ausgeführt sind. Sie zeigen grosse Aehnlichkeit mit den Arbeiten von Michael Pacher.

---

SPD. Scherz, Satire, Ironie...<sup>X</sup> Anekdoten werden meistens glatt erfunden. Tristan Bernard ist der Held unzähliger französischer Anekdoten. Neulich sagte er zu seinem Sekretär: "Steht etwas über mich in der Presse?"

"Ja, Monsieur, drei neue Anekdoten."

"Lassen Sie sehen! Ich bin heute zum Fünfuhrtee bei der Prinzessin Bibesco eingeladen und habe noch keine geistreichen Einfälle - vielleicht kann ich die neuesten Bernard=Anekdoten plagieren..."

---

SPD. Ein Original.<sup>X</sup> Den englischen Romancier Galsworthy langweilte während einer Eisenbahnfahrt ein Mitreisender, der von sich behauptete, er sei ein Original. "Wie Sie mich hier sehen, habe ich mich aus eigenen Kräften geschaffen. Habe mich selbst emporgearbeitet. Aus dem Nichts habe ich mich gemacht. Habe mich gewissermassen selbst erfunden!"

"Lassen Sie sich patentieren", schlug ihm Galsworthy vor.

# Preussischer Landtag

243. Sitzung

SPD. Berlin, den 12. Juni 1931

Der Präsident gedenkt zunächst des an einem Schlaganfall verstorbenen sozialdemokratischen Abgeordneten Rösler-Breslau.

Hierauf gab Abg. Kerff (Komm.) folgende aufsehen erregende Erklärung ab: "Der sozialdemokratische Abgeordnete Kirchmann hat gestern hier die Behauptung aufgestellt, ich hätte mit noch anderen Kommunisten zugunsten des wegen der Bombenattentate verurteilten völkischen Bauernführers Claus Heim einen Bittgang zum Justizminister getan. Er hat dieses Vorgehen als eine Vertrauenskundgebung für die Regierung aufgefasst. Wir protestieren gegen eine solche Auslegung. Wir haben beim Justizminister die Forderung auf Freilassung des völkischen Bauernführers gestellt (stürmisches Hört, hört! bei den Soz.) Wir haben das getan, weil im Hintergrund der Bombenattentate die Not der Bauern steht.

Diese Bombenanschläge waren die Ausdrucksform des politischen Kampfes der ausgebeuteten Bauern gegen den Kapitalismus. (Stürmisches hört, hört, bei den Soz.) Ausserdem hat Claus Heim vorsorglich darauf geachtet, dass bei seinen Attentaten keine Menschenleben vernichtet wurden, sondern nur Mauersteine in die Luft flogen. Die KPD. ist sich bewusst, dass sie mit der Forderung auf Freilassung des Bombenlegers Claus Heim nur den Willen der breiten Massen und der notleidenden Bauernschaft erfüllt". (Grosse Bewegung im ganzen Hause.)

Das Haus tritt in die Tagesordnung ein und überweist einen Antrag über Unwetterschäden in den Kreisen Hanau und Gersfeld ohne Begründung und Besprechung dem Hauptausschuss.

Es folgen Ausschussberichte mit den dazu gestellten Anträgen. Dabei wird entsprechend dem Antrag des Ausschusses für das Unterrichtswesen ein deutsch-nationaler Antrag, der die Verteilung einer Zusammenfassung der wichtigsten Bestimmungen des Friedensvertrages von Versailles und des Youngplanes in den Schulen will, abgelehnt.

Bei den Berichten des Ausschusses für die Landwirtschaft wird u.a. ein sozialdemokratischer Antrag zur Annahme empfohlen, der eine Einwirkung auf das Reich verlangt, dass künftig Brotpreiserhöhungen unterbleiben sollen.

Abg. Helbig (W.P.) wendet sich gegen den Antrag. Aus dem erhöhten Brotpreise habe man eine politische Hetze gegen die Bäckermeister gemacht. Auch die Konsumgenossenschaften hätten nicht anders als die Bäckermeister handeln können. Die Politik des Reichsernährungsministers Schiele und seines Kommissars Dr. Baade, habe vollkommen versagt.

Abg. Schwecht (Dtn.) hält die Brotpreiserhöhung für unberechtigt. Seine Freunde seien für eine Senkung, wenn gleichzeitig die Getreidepreise gestützt werden. Er beantragt Rückverweisung.

Abg. Jürgensen (Soz.): Unser Antrag ist nicht der Ausfluss politischer Hetze, sondern allernüchternste Sachlichkeit. Die Vorwürfe des Abg. Helbig gegen die Konsumgenossenschaften sind in jeder Hinsicht unberechtigt. Die Behauptung, dass Reichskommissar Baade monatlich 6.000 Mark verdient haben soll, ist im Untersuchungsausschuss des Reichstages nachgeprüft und ihre völlige Haltlosigkeit nachgewiesen worden. (Hört! Hört! b.d. Soz.) Für diese Behauptung werden auch die Wirtschaftsparteiler keinerlei Beweise erbringen können. (Sehr wahr! bei den Soz.)

Abg. Donners (W.P.) greift unter Bezugnahme auf schriftliche Aeusserungen eines Krefelder Bäckerinnungsmeisters die Konsumgenossenschaften in der Brotpreisfrage an.

Abg. Jürgensen (Soz.) weist diese Angriffe auf die Genossenschaftsbewegung nochmals zurück. Ein Krefelder Bäckerinnungsmeister könne kein Kronzeuge gegen den Wirtschaftsfaktor der Konsumgenossenschaften sein, die vielfach in der

Preisbildung auf dem Markt massgebend geworden ist. Das private Unternehmertum wolle zwar die Preise hochhalten, dafür aber den Lohn- und Gehaltsabbau durchführen. (Sehr wahr! bei den Soz.)

Gegen die Stimmen der Sozialdemokraten wird die Zurückweisung des Antrages an den Ausschuss beschlossen.

Hierauf wird auf Antrag des Rechtsausschusses ohne Aussprache ein deutschnationaler Antrag, der die Vollstreckung des Todesurteils an dem Massenmörder Kürten verlangt, mit der Begründung abgelehnt, dass der Landtag dafür unzuständig ist, weil nur der Regierung verfassungsmässig die Entscheidung darüber zusteht.

Der Hauptausschuss empfiehlt u.a. Ablehnung von Anträgen der Deutschnationalen und der Wirtschaftspartei, die über Preussen beim Reiche Aenderung bezw. Aufhebung des geltenden Tarifrechts verlangen.

Abg. Brückner (Soz.) erklärt dazu, dass die Schwerindustrie durch ihre Vertretung in den Rechtsparteien jetzt über den Landtag auf das Reich einwirken will, einschneidende Aenderungen des Tarifrechts durchzuführen. Ueber die preussische Regierung beim Reich etwas durchzusetzen, sei zwar ein allgemein üblicher Weg. Das jetzt die Deutschnationalen ihn benutzen, müsse aber besonders auffallen, weil sie im Reiche seit geraumer Zeit ihre Mitarbeit eingestellt haben. Wenn die Unternehmer über lange Dauer der Tarife klagen, so sei darauf aufmerksam zu machen, dass in Zeiten wirtschaftlichen Niedergangs gerade die Unternehmerverbände auf den Abschluss langfristiger Tarif, bis zu 5 Jahren z.B. im graphischen Gewerbe, gedrängt haben. Mit den Anträgen werde die Absicht verfolgt, dass Tarifrecht zu erschüttern. Die Sozialdemokratie werde sich aber mit Erfolg gegen den ersten Schritt dazu zur Wehr setzen. (Beifall b.d. Soz.)

Die Abgg. Harsch (Ztr.), Benscheid (Komm.), Meyer-Hermsdorf (Christl. Soz.) lehnen die Anträge ebenfalls ab.

Abg. Otter (Soz.) weist darauf hin, dass die Anträge zweifellos den Zweck verfolgen, durch Lohnabbau die Lebenshaltung der Arbeiterschaft noch weiter herabzudrücken. Die Erfahrung habe bewiesen, dass damit die Wirtschaft nicht anzukurbeln ist, sondern die Krise sich dadurch verschärft. (Sehr wahr! b.d. Soz.)

Abg. Hecken (Dt. Frakt.) setzt sich für Annahme der Anträge ein. - Die Anträge werden abgelehnt.

Ein Antrag des Hauptausschusses fordert unter Ablehnung weitgehender kommunistischer Anträge nach dem furchtbaren Explosionsunglück in der Magdeburger Sacharinfabrik, das eine grosse Zahl von Todesopfern forderte, strengste Durchführung der eingeleiteten Untersuchung und dauernde Kontrolle dieses gefährlichen Betriebes durch die Gewerbeaufsicht.

Abg. Kassner (Komm.) greift die Werksleitung, die Aufsichtsbehörde und die Sozialdemokraten an, die er für das Unglück verantwortlich macht und fordert Annahme der kommunistischen Anträge.

Abg. Wittmaeck (Soz.) lehnt es ab, eine solche Katastrophe zu demagogischen parteipolitischen Zwecken zu benutzen, wie es die Kommunisten tun. Die Sozialdemokraten seien für strengste Durchführung der Untersuchung. Ganz offenbar habe bei der Katastrophe die Gewerbeaufsicht versagt. Ausserdem leide der dichtbevölkerte Stadtteil, in dem sich die Fabrik befindet, dauernd unter den Abgasen des Betriebes.

Abg. Kassner (Komm.) verlangt eine Untersuchung durch eine Kommission der Arbeiterschaft.

Ein Regierungsvertreter erklärt, dass die Gewerbeaufsicht deshalb nicht eingreifen können, weil ihr die neuaufgenommene Fabrikation des gefährlichen Ungezieferpräparates, das explodierte, nicht bekannt gewesen sei. Die Gewerbeaufsichtsbehörde könne deshalb kein Vorwurf treffen.

Der Ausschussantrag wird angenommen.

Angenommen werden noch eine Reihe weiterer Ausschussanträge. Auf Antrag des Handelsausschusses werden ferner die grossen Anfragen und Anträge über die Grubenkatastrophen in Alsdorf und Eschweiler durch die inzwischen erfolgten Massnahmen der Bergbehörde für erledigt erklärt. Angenommen wird noch ein Antrag, festzustellen, wieviele krankfeiernde Bergarbeiter 1930 im Oberbergamtsbezirk Dortmund fristlos entlassen worden sind.

Nächste Sitzung Sonnabend 10 Uhr. Tagesordnung: dritte Beratung des Staatsvertrages mit den evangelischen Kirchen, Pfarrbesoldungsgesetz, Abstimmung über das kommunistische Misstrauensvotum gegen die Staatsregierung.

-----  
Landtags = Stimmungsbild.  
-----

SPD. Berlin, den 12. Juni (Eig. Ber.)

In der Freitagssitzung des Landtages gedachte Präsident Bartels zu nächst des an einem Schlaganfall verstorbenen Abg. Rösler-Breslau (Soz.) Als Nachfolger tritt Abg. Theodor Müller-Breslau in den Landtag ein.

Anschliessend gab es eine politische Sensation. Am Donnerstag hatte der sozialdemokratische Abg. Kirchmann in seiner Rede gegen das kommunistische Misstrauensvotum u.a. erwähnt, dass der Abg. Kerff (Komm.) mit anderen seiner Fraktionskollegen beim preussischen Justizminister vorstellig geworden ist, um die Freilassung des wegen der Bombenattentate verurteilten völkischen Bauernführers Claus Heim zu erwirken. In einer Erklärung ausserhalb der Tagesordnung protestierte der Kommunist Kerff am Freitag gegen die sozialdemokratische Behauptung, dass man in dem kommunistischen Vorstoss so etwas wie eine Vertrauenskundgebung für die Staatsregierung sehen müsse. Also nur dagegen wahrte er sich, nicht etwa gegen die Feststellung, dass ausgerechnet die Kommunisten sich mit völkischen Bombenlegern solidarisch erklären. Er unterstrich vielmehr doppelt und dreifach, dass die ganze kommunistische Fraktion die Freilassung des völkischen Bombenschmeissers fordert, weil sie in den Bombenattentaten - man höre und staune! - die Ausdrucksform des politischen Kampfes ausgebeuteter Bauern gegen den Kapitalismus sieht. Diese so offen und mit beispiellosem politischen Zynismus von der Parlamentstribüne proklamierte Identifizierung der Kommunisten mit den radikalen Rechtskreisen ist wohl der beste Beweis für die arbeiterfeindliche Rolle, die die Kommunisten in der deutschen Politik spielen. Sie haben sich damit offen als Helfershelfer extrem reaktionärer Kräfte deklariert.

Das Haus behandelte hierauf eine ganze Reihe von Ausschussberichten. Eine Debatte entwickelte sich dabei über den sozialdemokratischen Antrag, der Einwirkung auf das Reich verlangt, dass künftig Brotpreiserhöhungen unterbleiben sollen und den der Landwirtschaftsausschuss zur Annahme empfahl. Dieser Antrag erregte den Zorn der Bäckermeister von der Wirtschaftspartei, die gegen die Konsumgenossenschaften und den sozialdemokratischen Reichsgetreidekommissar Dr. Baade zu Felde zogen. Ihnen antwortete Abg. Jürgensen (Soz.), der dabei besonders herausstellte, dass die Konsumgenossenschaften in der Preisbildung als Wirtschaftsfaktor, vor allem in der Brotpreisfrage, massgebend gewesen sind. Der Antrag wurde schliesslich an den Ausschuss zurückverwiesen.

Abgelehnt wurden nach lebhafter Diskussion auf Antrag des Hauptausschusses Anträge der Deutschnationalen und der Wirtschaftspartei, die über Preussen beim Reiche Aenderung bezw. Aufhebung des geltenden Tarifrechts verlangen. Insbesondere die Sozialdemokraten Brückner und Otter wandten sich mit aller Schärfe dagegen.



Eine Auseinandersetzung zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten gab es dann noch bei dem Ausschussbericht über das Explosionsunglück in der Magdeburger Sacharinfabrik, das eine grosse Zahl von Todesopfern forderte. Unter Ablehnung weitergehender kommunistischer Anträge hatte der Ausschuss beantragt, die eingeleitete Untersuchung mit aller Strenge durchzuführen und die Gewerbeaufsicht anzuweisen, den Gesamtbetrieb der Sacharinfabrik dauernd unter strengster Kontrolle zu halten. Der Kommunist Kassner griff natürlich die Sozialdemokraten an. Ihm antwortete Abg. Wittmaack-Magdeburg (Soz.) mit dem Hinweis, dass die Sozialdemokratie es ablehne, eine solche Katastrophe zu demagogischen parteipolitischen Zwecken zu benutzen, wie es die Kommunisten tun. Offenbar habe in diesem Falle die Gewerbeaufsicht versagt. Diese Bemerkung forderte einen Regierungsvertreter heraus, der die Gewerbeaufsicht in Schutz nahm, weil sie von der Herstellung des gefährlichen chemischen Ungezieferpräparates, dessen Fabrikation neu aufgenommen war, keine Ahnung gehabt habe.

Schliesslich wurden auf Antrag des Handelsausschusses noch Anträge und grosse Anfragen über die Grubenkatastrophen in Alsdorf und Eschweiler durch die inzwischen erfolgten Massnahmen der Bergbehörde debattelos für erledigt erklärt. Das Haus stimmte ferner einem Antrag zu, der die Regierung um Feststellung ersucht, wieviele krankfeiernde Bergarbeiter im Jahre 1930 im Oberbergamtsbezirk Dortmund fristlos gekündigt worden sind.

Nächste Sitzung Sonnabend 10 Uhr.

---